

Referendar Zeitung



-50 DM

Nr. 4 der 'alternative' -Febr. 76



ÜBER 4000 BETEILIGTEN SICH AN DER DEMONSTRATION VOM 13.2.76

IMPRESSUM:

Verantwortlich: Marlene Roehrich
Wohlersallee 2
2 Hamburg 50
4394772

Druck: Eigendruck
Auflage: 2000



TERMINE:

- 18.2. GEW: FG-VR 18.00 Aufstellung der Personalratswahlliste
" " FG-Gym 19.00 Diskussion des GEW-Aktionsprogramms
20.2. Erstsemesterveranstaltung des RV 18.00 Mensa 3, Schlüterstraße
23.2. GEW: a.o. LVV 17.00 Beschlußfassung über das Aktionsprogramm
(öffentlicher RV fällt deswegen aus)
26.2. GEW: Junglehrerversammlung 18.00
1.3. GEW: FG-Gymnasien
2.3. Referendarausschuß 17.30
3.3. GEW: Vertrauensleuteversammlung der Referendare 19.00
4.3. GEW: a.o. Vertrauensleuterversammlung 18.00
Beschlußfassung über Kampfmaßnahmen gegen die Lehrerarbeitslosigkeit
9.3. Wahlvollversammlung der Referendare
13.3. Ferienbeginn !

GEW-Veranstaltungen finden im Curiohaus statt

ZUR HERAUSGABE DER REFERENDARZEITUNG "SONDERNUMMER" 'MATERIALSAMLUNG':

Auf der letzten Referendarausschußsitzung wurde beschlossen, daß ein "Organisationsausschuß" diese Materialien zusammenstellt und veröffentlicht.
Dies halten wir für eine gute Initiative der Kollegen.

Auf diesem Termin wurde jedoch von uns versäumt, die Bedingungen dieser Herausgabe zu klären. Das führte dazu, daß der Organisationsausschuß die Materialien als "Referendarzeitung - Sondernummer" herausgab. Das halten wir für falsch, da die Kollegen von der Referendarzeitung bisher gewohnt sind, - und das halten wir für eine richtige Konzeption einer Zeitung -, daß in ihr neben der reinen Information auch politische Einschätzungen enthalten sind.
Insbesondere kritisieren wir, daß in der Materialsammlung die Forderung nach einem Warnstreik völlig ~~fehlt~~, obwohl diese Frage an erster Stelle der Diskussion innerhalb der Referendarschaft steht.

Ach wenn doch nicht
dauernd diese
REFERENDAR-
Zeitung rauskäme!



Inhalt

Für einen Warnstreik	3
Kämpft nicht allein....	5
Lehrerarbeitslosigkeit steigt rapide	6
Schleswig-Holstein: Lehrer sollen stärker bespitzelt werden	8
Schmierenkomödie	9
Prüfsteine	10
GEW-Rechtschutz nur bei Anerkennung der UVB	11
Das Urteil von Karlsruhe (2.)	12
Du, laß Dich nicht erschrecken (Für die Erstsemester)	14
Berichte über die SL der HS 74/...	16
Verfassungsschutz bestimmt über Einstellung	23
Bericht eines Referendars	24
"...Im Rahmen..." (Neuer Schulgesetzentwurf in Hamburg)	25
Heimchen am Herd	26
Ein Seminarleiterbericht aus dem Jahre 1800	27
Die Leibesfrucht spricht	28
Lied von der roten Anna	28

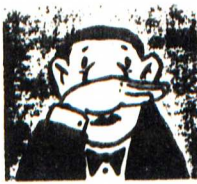
Für einen Warnstreik!

Den Kampf nicht in den Zelten sondern

an der Front führen !

Als gegen Ende des letzten Semesters bekannt wurde, daß ca. 180 fertig ausgebildete Lehrer auf der Straße liegen, 190 Kurzarbeit leisten müssen und über 700 von der Weiterführung ihrer Ausbildung abgeschnitten werden, war die Empörung im Studienseminar groß. Dazu kamen die stark gestiegenen Anforderungen an die Referendare, Prüfungs- und Leistungsterror, sowie die "vorsorgliche" Ankündigung von 60 Berufsverboten unter den Referendaren. Es wurden Gegenmaßnahmen diskutiert, die Forderung nach einem Warnstreik wurde erhoben.

Diese Forderung griff der Referendarvorstand auf und ging daran, konkrete Schritte zu ihrer Durchsetzung zu organisieren.



"Ich hab die Nase voll, ich mach jetzt was gegen Lehrer-arbeitslosigkeit."

1. Die konsequenten Gewerkschafter des RV und die mit ihm zusammenarbeitenden Kollegen starteten Initiativen zur Einberufung einer außerordentlichen Vertrauensleuteversammlung (a.O. VV) der GEW, die über eine GEW-Abstimmung über einen Warnstreik entscheiden soll. Beschlüsse in den Betriebsgruppen und Vertrauensleutenkonferenzen wurden verabschiedet, die "KVK-Referendare" startete eine Unterschriftensammlung von Vertrauensleuten zur sofortigen Einberufung einer a.O. VV. Einige Gruppen am Studienseminar beschränkten sich aber darauf, zu fordern, daß die Landesvertreterversammlung (LVV) der GEW die Forderung nach Warnstreik ins Aktionsprogramm aufnehmen solle, d.h. sie gaben das Ziel an, sagten aber nicht, wie es durchgesetzt werden sollte. Dahinter steckt, daß diese Kollegen die Vertrauensleute, die auf Kreisebene wesentlich den gewerkschaftlichen Kampf gegen die Bildungsmisere tragen, abschaffen wollen und ihre Aufgaben den LVV-Delegierten übertragen wollen.

Die "KVK-Referendare" und auch die Kollegen des RV haben beharrlich auf der Forderung nach einer a.O. VV bestanden, weil dies der einzige satzungsmäßige Weg ist, eine Abstimmung über einen Warnstreik einzuleiten. Der GEW-Vorstand hat sich erst dagegen gesträubt und die Teilpersonalversammlung der Referendare abgewartet, um Informationen über die Stimmung am Studienseminar zu erhalten. Daß er jetzt nachgegeben hat und für den 4. März zu einer a.O. VV einlädt, ist als großer Erfolg unserer Bemühungen zu begreifen.

2. Der RV war und ist der Meinung, daß ein Warnstreik aller Lehrer von eigenständigen Aktionen der Referendare vorbereitet werden muß. Eigentlich zeigt die gesamte GEW-Politik der letzten Jahre, daß dort Kampfmaßnahmen nicht vom Himmel fallen, sondern durch die beharrliche Arbeit unter den Kollegen und durch den Druck auf die GEW-Führung gegen so manchen Widerstand durchgesetzt werden müssen. Dafür gibt es zahlreiche Beispiele: So wurde die Satzungs-Hauptversammlung im Mai 75 erst durch gerichtliche Schritte von Mitgliedern erzwungen; der SSB erreichte durch eine Veranstaltung und die Ankündigung einer Demonstration gegen die Gewerkschaftsausschlüsse, daß zumindest die Anzahl der vom Ausschluß Betroffenen veröffentlicht wurde; die Initiativgruppe arbeitsloser Lehrer und Erzieher erreichte durch ständigen Druck, daß ihre Klagen auf Einstellung ins Studienseminar von der GEW durch Rechtsschutz unterstützt werden. Mitte bis Ende Januar war die Stimmung im Studienseminar gespannter als je zuvor. Drei außerordentlich gut besuchte Vollversammlungen sind als Gradmesser der Empörung der Kollegen zu werten. In dieser Situation hätten eigenständige Aktionen (etwa ein organisiertes Krankmachen) sowohl den fortschrittlichen Kollegen in der GEW den Rücken gestärkt, als auch dem Zusammenschluß der Referendare gegen Leistungsterror und Disziplinierung gedient.

Viele Kollegen meinten aber, daß ein solcher eigenständiger Warnstreik in so kurzer Zeit nicht zu organisieren sei. Auch war der RV der Meinung, daß Aktionen der Referendare auf keinen Fall nur von einer "linken Minderheit" getragen werden dürften, es also nicht

Fortsetzung nächste
Seite →

ausreicht, sie auf VVs zu beschließen. Deshalb orientierte der RV auf eine schriftliche Meinungsumfrage, um so die Kampfbereitschaft in den Seminaren herauszufinden. Dies entspricht einer Politik, die es ablehnt, Kochrezepte anzubieten, sondern die darauf abzielt, die Kollegen selbst entscheiden zu lassen, um zu Aktionen zu kommen, die von ihnen auch wirklich getragen werden.

In dieser Situation trafen die Referendare neue Angriffe der Behörde, die alles bisher Dagewesene noch in den Schatten stellen: Durch einen scheinbar formalen Akt, die Verschiebung des Bewerbungstermins für Bewerbungen zur Übernahme in den Schuldienst, wird allen Kollegen mindestens ein halbes Jahr Arbeitslosigkeit beschert.

Dieser ungeheure Angriff hat bei vielen Kollegen Wut und Empörung hervorgerufen. Aber - und das verstehen wir auch als Folge der nicht gelaufenen eigenständigen Kampfaktionen Ende Januar - jetzt ist unter vielen, auch gerade sehr fortschrittlichen Kollegen verstärkt die Tendenz zu beobachten, der Konfrontation, die die Behörde mit ihren Angriffen sucht, auszuweichen.

Es kam zu zahlreichen guten und unterstützenswerten Initiativen aus vielen Seminaren (Resolutionen an die Schulbehörde und Senat, Personalrat, GEW, Infotische, Presseerklärungen, Plakataktionen...), aber ihre Zusammenfassung zu einer Kampffront, wie sie im Januar mit der Forderung nach Warnstreik bestand, geriet mehr und mehr in Vergessenheit. Das Positive an diesen Aktionen ist, daß sie breite Teile der Kollegen in die Auseinandersetzungen einbeziehen; ihre Beschränktheit liegt darin, daß sie voneinander isoliert und ohne einheitliche Stoßrichtung gegen jene, die uns alles eingebrockt haben - Schulbehörde und Senat - verlaufen. Auch die breite Information über diese Aktionen, wie sie durch die Sondernummer der Referendar-Zeitung (Hrsg. Organisationsausschuß) erreicht wird, kann die fehlende einheitliche Stoßrichtung nicht ersetzen.

StreikLied

Komm heraus, Genosse ! Riskiere
Den Pfennig, der kein Pfennig mehr ist
Die Schlafstelle, auf die es regnet
Und den Arbeitsplatz, den du morgen verlierst !
Heraus auf die Straße ! Kämpfe !
Um zu warten, ist es zu spät !
Hilf dir selbst, indem du uns hilfst: übe
Solidarität !

Bertold Brecht

Wurden im Beschluß der RVV vom 27.1. die "Aktionen in den nächsten Wochen" so verstanden, daß mit ihnen die "für die Einleitung einer Urabstimmung erforderliche Kampfstärke" geschaffen werden sollte, so gerät in den "Aktionsvorschlägen" des "Organisationsausschusses" der Warnstreik völlig aus dem Blick. Es liegt nahe, daß diese Kollegen nie ernsthaft für einen Streik gewesen sind. Wie sonst ist es zu verstehen, wenn

im Terminkalender in der Sondernummer der Referendar-Zeitung der Organisationsausschuß bei der Ankündigung der a.O. VV die dort anstehende Beschlußfassung über eine Urabstimmung noch nicht einmal erwähnt? Wie sonst ist es zu verstehen, wenn sich die Kollegen, die zur Vorbereitung des Warnstreiks ein Plakat anfertigen wollen, nicht daran denken, daß auf dem Plakat selbst die Forderung nach Warnstreik auftaucht? Dies ist ein Schritt zurück, dahinter steckt die Tendenz, den Kampf lieber in den Zelten als an der Front zu führen.

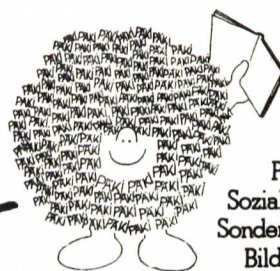
Nun, diese Tendenz hat durchaus materielle Ursachen. Die Repression am Studienseminar, ständiger Leistungsdruck und Kontrollen erzeugen Angst. Es könnte ja sein, daß man sich seine letzte Chance auf eine Anstellung vergibt, wenn man zu sehr aufmuckt. Man riskiert ja schon etwas, wenn man im Seminar den Mund aufmacht. Und dann erst ein Streik...?



Anzeige

PÄDAGOGIK · KINDERBUCH

Fachbuchhandlung



Didaktik
Psychologie
Sozialpädagogik
Sonderpädagogik
Bildungspolitik

2000 Hamburg 13

Schlüterstrasse 86

Telefon: 45 43 40

SEMESTERTITEL

Kinder- und
Jugendbücher

WIR FREUEN UNS, WENN
IHR ZU UNS KOMMT !
Wir sind drei Buchhändler, die kollektiv
arbeiten und sich auf pädagogische Fach-
literatur spezialisiert haben.

Diese Bedenken werden aber von einigen Kollegen nicht offen ausgesprochen. Statt dessen schieben sie Argumente vor, wie "ein Warnstreik nützt ja doch nichts" oder "die Öffentlichkeit hat dafür kein Verständnis" etc. Exemplarisch hier die "Argumentation" des Kollegen Stöterau: Die Forderung nach Warnstreik kommt von der RVV, wird also von außen in die GEW hineingetragen. Sollte der Warnstreik tatsächlich durchgeführt werden, werden Disziplinierungen der Behörde nicht ausbleiben. Mit einem Warnstreik machen also die Kollegen sich selbst arbeitslos. Das bedeutet letztlich: Mundhalten und tatenlos zusehen, wie man auf die Straße gesetzt wird.

Warten wir nicht erst auf den 1. August, wo spätestens neue Angriffe gegen uns laufen werden. Schließen wir uns zusammen!

Für einen Warnstreik gegen Lehrerarbeitslosigkeit

Auf der RVV am 17.2. werden die Umfrage der RV zum Warnstreik ausgewertet und auf ihrer Grundlage weitere Maßnahmen beschlossen.

Der RV orientiert auf die massive Durchsetzung unserer Forderung nach einem Warnstreik der GEW auf der LVV und der a.O. VV. Die Beschlüsse, die dort gefaßt werden sollen, sind viel zu wichtig, um sie allein den Delegierten zu überlassen. Deshalb fordern wir alle Referendare auf: Kommt zur LVV am 23.2. und zur a.O. VV am 4.3. ins Curio-Haus, um dort unsere Entschlossenheit zum Warnstreik zu demonstrieren. Dies sollten wir auf den Versammlungen unmißverständlich klarmachen.

Die nächsten Erfolge, die wir organisieren können, wären, daß die LVV die Forderung nach Warnstreik ins Aktionsprogramm aufnimmt und daß die a.O. VV eine Urabstimmung über einen Warnstreik beschließt. Danach gilt es dann, das Erreichte auch gegenüber dem Hauptvorstand in Frankfurt durchzusetzen.

Zum anderen meint der RV nach wie vor, daß man Aktionen nicht von den GEW-Vorständen abhängig machen kann. Der RV wird immer wieder eigenständige Aktionen vorschlagen und dafür sorgen, daß die Kampfbereitschaft der Referendare weiter zunimmt.

Kämpft nicht allein, kämpft nicht zu zweit - Kämpft mit der Aktions- einheit!

Eltern, Lehrer, Schüler eingereicht: Kampf, Kampf, Kampf der Arbeitslosigkeit!

Brechen wir den alten Bann, gleiches Recht für Frau und Mann!

Apel heißt er, uns beschießt er. - Aber keine Bange, das macht er nicht mehr lange!

Mit diesen und ähnlichen Parolen zogen am 13.2. in einer kämpferischen Demonstration ca. 4000 Schüler, Lehrlinge und Lehrer durch die Hamburger Innenstadt.

Dieser Demo vorausgegangen war unter den Referendaren eine Initiative des RV auf der letzten R-VV, in der die DGB-Gewerkschaften und insbesondere die GEW aufgefordert wurden, eine Demonstration aller Auszubildenden zu organisieren. Auch auf der Uni-VV war von fortschrittlichen Fachschaftsräten eine solche Initiative eingebracht worden. Daraufhin luden der AStA



und der KJA zu Aktionseinheitsverhandlungen, in denen sie die Zustimmung zu ihrer politischen Linie zur Voraussetzung eines gemeinsamen Vorgehens machten. So wurde dem Referendarvorstand zwar großzügig eine Rede auf der Abschlussskundgebung zugestanden, ihm wurde aber zur Auflage gemacht, sie vom AStA zensieren zu lassen. Der Referendarvorstand lehnte diese Erpressung ab und setzte sich mit

den anderen über dieses spalterische Vorgehen empörten Gruppen (fortschrittlichen Fachschaftsräten, der Hamburger Aktions-einheit und politischen Organisationen) zusammen, um eine eigenständige Abschlußkundgebung zu organisieren.

Auch auf dem letzten RA, wo Vertreter des AjLE und des sog. "Gewerkschaftskollektivs" versuchten, die Referendare auf ihre Parolen ('Bildung hoch-Rüstung runter', 'gegen die verfassungsfeindlichen Berufsverbote', 'für die Novellierung des HRG') verbindlich festzulegen, wurde ihr Vorgehen - nach hitziger Diskussion - mit deutlicher Mehrheit von den Referendaren zurückgewiesen.

Daß dieses Vorgehen richtig war, sich dieser von den Unvereinbarkeitsbeschlüssen von SPD und DKP diktierten Politik nicht zu beugen, zeigte der Verlauf der Demonstration:

Mit der Parole: "Kämpft nicht allein, kämpft nicht zu zweit - Kämpft mit der Aktionseinheit. Lassen wir die Spalter liegen, Rothenbaumchaussee einbiegen!" zogen 3500 Demonstranten zur Abschlußkundgebung des Referendarvorstands und der Aktionseinheit, während sich nur so wenige Teilnehmer für die Spalterkundgebung des AstA und des KJA ("Kundgebung der Hamburger Arbeiterjugend") fanden, daß diese ausfallen mußte.

Auf der Abschlußkundgebung sprachen neben einer Kollegin des RV ein Schüler vom Organisationsausschuß der Schule Curschmannstraße, an der die Schüler am 29.1. gemeinsam mit anderen Schulen eine Demonstration gegen die Zurückversetzungen von an Gymnasien unterrichtenden VR-

Lehrern durchgeführt hatten. Eine Fachschülerin von der Uferstraße berichtete über ihren Streik gegen das Berufsverbot gegen einen Lehrer. Außerdem sprachen Mitglieder vom FSR-PI und vom OJA der IG Metall.

Der RV wird die durch die Demonstration gewonnenen Kontakte zu Schüler- und Lehrlingsgruppen aufrecht erhalten und versuchen, auch langfristig gemeinsam gegen die Angriffe auf unsere Ausbildung vorzugehen.

Ein erster Schritt muß die breite Diskussion des neuen Schulgesetzes unter Schülern und Referendaren sein, um diesem reaktionären Angriff einen einheitlichen Widerstand entgegenzusetzen.

P.S.: Sicher wird das sog. "Gewerkschaftskollektiv" bei der kommenden RV-Wahl seinen altbekannten demagogischen Vorwurf auftischen, der jetzige RV sei gewerkschaftsfeindlich und spalte die Einheit. Wer hier die wahren Spalter sind, hat sich an der Auseinandersetzung um die Demo deutlich gezeigt. Da nützt es auch nichts, wenn der KJA sich als Vertreter von 16 Hamburger Jugendverbänden aufspielte. Nicht die plakative Größe von AstA, KJA und AjLE schafft die Einheit, sondern der Versuch, zu gemeinsamen solidarischen Aktionen zu kommen. Hier kann jeder überprüfen, welche politische Linie am erfolgreichsten im Kampf gegen die Sparmaßnahmen ist. In diese Richtung hat der RV, die 'Hamburger Aktions-einheit' und die anderen beteiligten Gruppen einen richtigen Schritt getan.

Lehrer arbeitslosigkeit steigt rapide

Schleswig-Holstein

Auch in Schleswig-Holstein gibt es jetzt arbeitslose Lehrer. Zum 1. Februar wurden von 156 Bewerbern für den Realschullehrerberuf nur ganze 33(!) eingestellt. Die restlichen 123 können somit ihre Ausbildung im Referendariat (2. Ausbildungsphase im Schuldienst) nicht beenden und stehen ohne Arbeitslosenunterstützung auf der Straße. Auch im August werden davon nur einige die Chance erhalten, zunächst auf eine halbe Planstelle im Angestelltenverhältnis (!) zu kommen.

Gleichzeitig teilte das Landesschulamt mit, daß schon im vorigen Jahr 88 Anwärter auf halbe Planstellen angestellt worden waren, die erst jetzt in den Ausbildungsdienst übernommen wurden (Kieler Nachrichten vom 7.2.76). Diese Schweinerei hatte man bisher tunlichst verschwiegen. In welchem Maße sich die Ausbildung der Realschüler Schleswig-Holsteins verschlechtern wird, kann man daran ermesen, daß schon heute 19,1% des Unterrichts an den Realschulen ausfallen (Flensburger Tageblatt vom 14.1.76) und die Zahl der Realschüler zum August um 3.500 ansteigen wird (FT vom 31.10.75).

Nach Angaben der FDP fehlten schon im Dezember '75 im gesamten schleswig-holsteinischen Schuldienst 1.700 Lehrkräfte (Frankfurter Rundschau vom 20.1.76)!



Vorschlag
zur Lehrer einsparung

Hessen:

Die Landesregierung hat beschlossen, "im Schulbereich keine neuen Planstellen zu bewilligen". Das hatte zum Einstellungstermin am 1. Februar die Folge, daß von 2.044 Lehrern 1294 (!) nicht eingestellt wurden. Hiervon können 1.007 ihre Ausbildung nicht beenden. Daß der bürgerliche Staat hiermit

besonders die Kinder der Arbeiterklasse treffen will, zeigt folgendes: von 516 Gymnasiallehrern wurden 400 eingestellt, von 1.379 Bewerbern für die Volks-, Real- und Sonderschulen jedoch nur 208!

(Gewiefte Mathematiker werden bemerken, daß die Zahlen nicht genau übereinstimmen. Das liegt zum einen an der bürgerlichen Presse, aus der wir zum großen Teil unsere Informationen beziehen müssen. Das liegt aber besonders an der miesen Informationspolitik der Behörden, die gezielt verschiedenste Angaben machen, um das wahre Ausmaß der Misere vor der Öffentlichkeit zu vertuschen!)

Um die Lehrerarbeitslosigkeit und die katastrophalen Zustände an den Schulen zu vertuschen, hat sich Hessens Kultusminister Krollmann (SPD) etwas ganz besonderes ausgedacht. Ein kleiner Teil der beschäftigungslosen Lehrer soll an Schulen in Frankfurt und Kassel für Nachhilfekurse und Hausaufgabenhilfe eingesetzt werden. Der Knüller aber liegt darin, daß die finanziellen Mittel hierfür nur zum Teil vom Land getragen werden sollen. Den großen Rest sollen die Eltern der Schüler bezahlen!!!

Nicht genug damit, daß der Staat sein Ausbildungsmonopol dazu benutzt, der Arbeiterklasse das Recht auf Bildung zu verweigern, sie soll jetzt für das bißchen Rest an "Bildung" auch noch doppelt bezahlen. (Alle Angaben nach Frankfurter Rundschau vom 16. 1.76.)

Baden-Württemberg:

1800 Junglehrer bekommen nur Verträge auf Zeit

Eigener Bericht

t Stuttgart, 11. Februar
Baden-Württemberg
wird in diesem Frühjahr
1800 Lehramtsanwärter
nach bestandener Prüfung
nicht fest anstellen.
Die Junglehrer erhalten
jediglich Verträge auf Zeit.

Mit dieser rigorosen Maßnahme entspricht das Kultusministerium einem Einstellungsstopp bis zum Schuljahrsbeginn im Herbst 1976 durch den Landtag. (Im Stuttgarter Parlament hat die CDU die absolute Mehrheit.)

Die Junglehrer sind nach der Prüfung Ende Februar zunächst einmal arbeitslos. Erst nach Ende der Osterferien (26. April 1976) erhalten

sie bis zum 30. Juni (Beginn der Sommerferien) sogenannte Nebenlehrerverträge. Für diesen Zeitraum zahlt das Land jedem pauschal 2000 DM. Zugrunde gelegt werden 13 Wochenstunden und ein Stundengeld von 17 Mark.

Nun werden die Junglehrer auf die Schulen des Landes erst im April verteilt. Kultusminister Hahn dazu: „Während der Osterferien kann zumindest in dieser Zeit der leeren Kassen kein Arbeitsverhältnis beginnen. Das gleiche gilt für die Sommerferien. Der Bürger hätte kein Verständnis, wenn den Junglehrern gleich wieder die Ferien bezahlt werden.“

(HAMBURGER ABENDBLATT v. 11.2.1976)

Kommentar des RV zu dem widerlichen Zynismus dieses 'Kultus'-Ministers: "Demokraten haben nur ein Interesse: daß Leute dieses Schlages möglichst schnell zum Teufel gejagt werden - ohne Pension, versteht sich!!"

Nordrhein-Westfalen:

Kultusminister Girgensohn brüstet sich damit, daß Nordrhein-Westfalen das einzige Bundesland sei, das allen jungen Lehrern eine Stelle bieten kann. Er tönt, "an den Grund- und Hauptschulen verbessere sich die Lehrerversorgung damit spürbar" (Frankfurter Rundschau vom 20.1.76). Auch hier handelt es sich um eine Verschleierung der wahren Zustände, denn die 3.720 Junglehrer sind lediglich "mit halber Stundenzahl im Angestelltenverhältnis beschäftigt" (ebenda). In diesem Zusammenhang wies die Bundesarbeitsgemeinschaft der Referendare und Studienräte im Deutschen Philologenverband darauf hin, daß die Angestelltenverträge, die jetzt so groß in Mode sind, zum Teil so abgefaßt sind, daß voll ausgebildete Lehrer "sogenannte Lehraufträge für nur 11 Stunden pro Woche erhielten, bei denen keinerlei Arbeitslosenversicherung und sonstige soziale Leistungen vorgesehen seien (FR vom 24. 1.76). Der Ideenreichtum der Sparschweine kennt keine Grenzen.

Bayern:

In Bayern werden "im Zuge der allgemeinen Einsparungen" in diesem Jahr 315 Stellen im Volksschullehrerbereich, 219 im Gymnasialbereich, 43 bei den Realschulen und 139 Stellen im Berufsschulbereich gestrichen. Die Auslese der Junglehrer wird verschärft: Bei den 2. Lehrerprüfungen im November (die in Bayern nach dreijähriger Unterrichtstätigkeit durchgeführt werden) sind doppelt so viele Kollegen durchgefallen (6,8%) wie im Jahr vorher. 53 Kollegen, die schlechter als 4 abgeschnitten haben, wurden sofort aus dem Schuldienst entlassen. 185 Kollegen, deren Zensuren nahe bei 4 lagen, erhalten nur einen bis zum Sommer befristeten Arbeitsvertrag. Dann müssen sie ihre Prüfung wiederholen (!), wenn sie nicht arbeitslos sein wollen. Insgesamt sind in Bayern über 800 Kollegen mit 2. Lehramtsprüfung arbeitslos. Dafür müssen jetzt verstärkt Junglehrer mit 1. Prüfung als Klassenlehrer einspringen. (Nach Süddeutsche Zeitung vom 12.11.75).

Anzeige

Griechische Taverne
Olympisches Feuer

Hamburg-6, Schulterblatt 63 (U-Bahn Sternschanze)

empfeht:

Spezialitäten vom Grill, Salate
Backofengerichte
Griechische Weine, Haake-Beck v. Faß
zu volkstümlichen Preisen!
(z.B. Suvlaki, Siskebab m. Salat 4,-)

täglich geöffnet von 12.00-2.00

Schleswig-Holstein: Lehrer sollen stärker bespitzelt werden

Um die Ausbildung an den Schulen noch reaktionärer auszurichten und die Schulen von fortschrittlichen Lehrern zu säubern, soll die Bespitzelung der Lehrer und Lehramtsbewerber verstärkt werden.

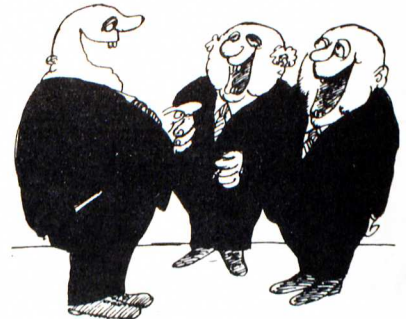
Schleswig - Holsteins Kultusminister Braun sieht hierfür günstige Voraussetzungen, da er "aus einem großen Angebot die Bewerber aussuchen kann, die zu den besten Leistungen fähig und auch bereit sind" (Lübecker Nachrichten, 19.10.75).

"Und ein zweites kommt hinzu, das ich für entscheidend halte: Wir müssen die Schulaufsicht verstärken. Die zuständigen Beamten müssen von der Verwaltungsarbeit entlastet und so instand gesetzt werden, sich wieder, wie es früher üblich war (im Faschismus ?) stärker um das zu kümmern, was in den Schulen geschieht. Wir müssen wieder dahin kommen, daß die Schulaufsichtsbeamten und die Schulleiter auch ständig die Leistungen von Lehrern überprüfen" (ebenda).

Wer an den Schulen unterrichten soll, und welche Lehrinhalte vermittelt werden sollen, stellte Ministerpräsident Stoltenberg klar am 19.11.75 in den "Kieler Nachrichten": "Junge Menschen suchen positive Werte." Jugend brauche Orientierungspunkte und Halt. Ihr diese Werte zu vermitteln sei keine politische (!), sondern eine humane Aufgabe. Wer das als Lehrer nicht erkenne, habe seinen

Beruf verfehlt. Deshalb seien Erzieher, "die glauben, einseitig extreme oder radikale Negativwerte (!) vermitteln zu müssen, in unseren Schulen fehl am Platze."

Mit den Negativwerten ist es jetzt vorbei an unseren Schulen!



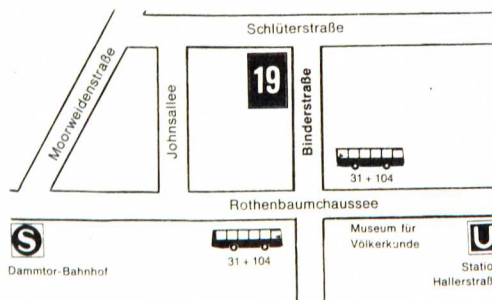
REUTER & KLÖCKNER BUCHHANDLUNG

FACHBUCHHANDLUNG FÜR UNIVERSITÄTSLITERATUR

2000 Hamburg 13 · Binderstraße 19

Telefon (040) 44 41 10 + 45 35 91

Anzeige



Spezialabteilungen für:

Pädagogik

Psychologie

SPD für die Einstellung aller Lehrer ?!?

Schmierenkömodie

Zur Erinnerung: Ende 1975 legte die damalige SPD-FDP-Regierung in Niedersachsen einen Haushaltsentwurf vor, der u.a. vorsah, 2.300 Hochschulabsolventen nicht in den Schuldienst zu übernehmen.

Man sieht: die besten 'Schmieren'-Komödien sind immer noch die, die das Leben schrieb. Man darf gespannt sein auf den nächsten Akt dieses Schwanks, den ein gewisser Herr Albrecht, der im letzten Jahr vehement das Scheitern der SPD/FDP-Bildungspolitik in Niedersachsen brandmarkte, am 25. Februar im Hannoverschen Landestheater - pardon: Landesparlament - vorstellen wird. Man munkelt, daß dieser zwar wortreich sein wird, sich aber im Prinzip an das Motto der SPD/FDP-Poeten anlehnen wird: "Was schert mich mein Geschwätz von gestern!"

SPD verspricht, CDU belügt - wir sind der Meinung - das genügt!

(Parole der Demonstration aller Auszubildenden vom 13.2.76)

SPD als Opposition jetzt für Einstellung

aller Lehrer in Niedersachsen

Die niedersächsischen Sozialdemokraten haben inzwischen interne Beratungen über ihre künftige Oppositionspolitik aufgenommen. Erstes Ergebnis ist die Empfehlung des Fraktionsvorstandes an die Gesamtfraktion, in der Haushaltsdebatte die Einstellung von erheblich mehr Lehrern zu beantragen, als die bisherige SPD/FDP-Regierung in ihrem Haushaltsentwurf vorgesehen hatte. Zur Begründung hieß es, daß die Steuereinnahmen des Landes reichlicher fließen als erwartet, so daß die Einstellung sämtlicher Lehramtsanwärter möglich erscheine.

FR vom 14.2.76

Wir schlagen Schaum,
wir seifen ein, wir waschen
unsere Hände wieder rein.



arbeiterbuch

Politische Buchhandlung

2 Hamburg 13 - Grindelhof 45 - Telefon 45 38 01



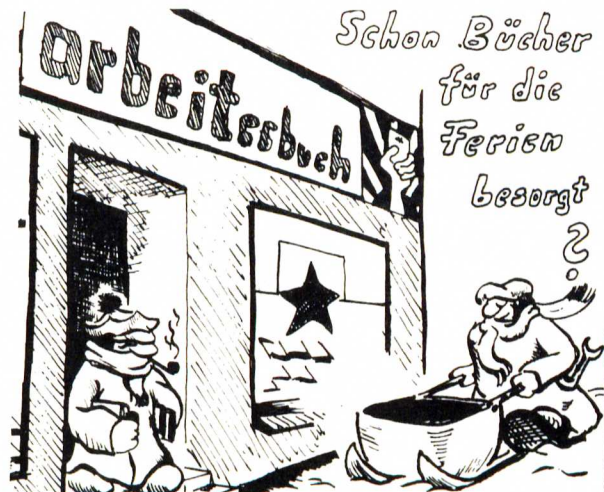
Wir führen neben den Schriften des KOMMUNISTISCHEN BUNDES (ARBEITERKAMPF, REBELL, die Internationale u.a.) ein umfangreiches Angebot linker Zeitungen und Zeitschriften (auch in italienischer, spanischer, englischer, persischer und vielen anderen Sprachen)

Weiter führen wir ein breit gefächertes Sortiment u.a. in den Bereichen

Pädagogik
Kinderbücher
Psychologie
Zeitgeschichte
Geschichte der Arbeiterbewegung
Proletarische Romane

und

Politische Schallplatten



Unser Sortiment umfaßt über 4000 Titel

Anzeige	- Reihe Roter Pauker ,Zur Geschichte der Lehrerbewegung	Heft 12	5.- DM
		Heft 14	4.- DM
	- Schulkampfbroschüre des KB		3.50 DM
	- Aktionskomitee gegen Berufsverbote: Überprüfung der politischen Treuepflicht. Dokumente II		3.- DM
	- Eltern Info 3 : Zur Stufenschule		0.80 DM
	- P.Schneider: schon bist du ein Verfassungsfeind		8.- DM
	- Jahrbuch für Junglehrer		7.80 DM
	- E.Hörnle: Grundlagen proletarischer Erziehung		4.80 DM
	- Huiskens: Zur Kritik bürgerlicher Didaktik und Bildungsökonomie		10,80 DM
	- Schulpolitik der KPD		8.80 DM

Prüfsteine

In der HLZ 3/76 legt der derzeit amtierende AjLE dem Referendarvorstand "Prüfsteine für die Referendarvorstandswahl" vor. Ihr Kern:

- der RV soll sich nicht mit den "inneren Angelegenheiten der GEW befassen" und sie auch nicht "von außen (?) beeinflussen" wollen.

- der RV soll alle Aktionen der Referendare mit dem AjLE abstimmen und gemeinsam durchführen.

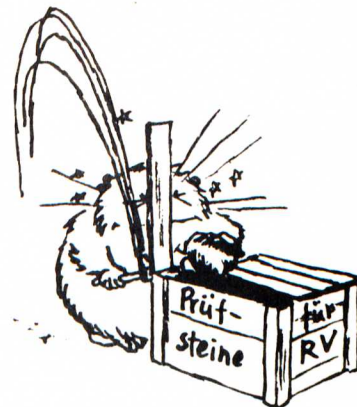
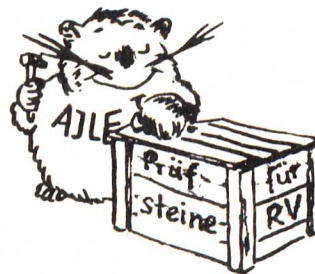
In der Konsequenz bedeutet das, daß dem RV das Recht abgesprochen wird, für einen GEW-Warnstreik einzutreten ("innere Angelegenheit") und daß er für jede Aktivität die Genehmigung des AjLE einholen muß.

Der Versuch des AStA, die RV-Rede auf der Demo am 13.2. zu zensieren (der dazu führte, daß der AStA sich so isolierte, daß er seine Rede absagen mußte) findet hier seine Entsprechung. Demnächst werden wir wohl noch die Referendarzeitung dem AjLE zur Genehmigung vorlegen müssen.

Ist das die gewerkschaftliche Orientierung, daß sich das "Gewerkschaftskollektiv" sein Wahlprogramm (und als nichts anderes ist der Artikel in der HLZ 3/76 zu begreifen) jetzt schon vom AjLE schreiben läßt? Logisch, daß diese Prüfsteine nur vom "Gewerkschaftskollektiv" erfüllt werden können.

Für dieses Gremium, das über keinerlei kontinuierliche Massenarbeit verfügt und lediglich ab und an zu Veranstaltungen mobilisiert, wo Behördenvertreter oder Politiker für Langeweile sorgen, oder mißglückte Demonstrationen durchführt (schwach besuchte Sandwich-Aktion am 26.1.; ins Wasser gefallene Spalterkundgebung am 13.2.; abgeblasene Demo durch Eimsbüttel am 16.2.) läßt sich über diese Mischung aus Arroganz und Frechheit nur sagen:

Der Prüfstein, den sie erhoben, fällt auf sie selbst zurück!



Restaurant
FOLKLORE

2 Hamburg 6
Feldstr. 60
Tel. 435173

Z

GRIECHISCHE
SPEZIALITÄTEN

+++ Studenten - Speisekarte von 10,00 - 18,00 Uhr +++

1)	Mischsalat	3,00 DM
2)	Feta (Schafskäse)	3,00 DM
3)	Käseomelette	3,00 DM
4)	Spagetti Bolognese	3,50 DM
5)	Kartoffeln mit Auberginen	3,50 DM
6)	Paprika gefüllt mit Reis	3,50 DM
7)	1/2 Hühnchen mit Reis	3,80 DM
8)	1 Spiess "Sawlaki" (mit Reis)	3,80 DM
9)	Bohnensuppe	2,00 DM
10)	Ochsenchwanzsuppe	1,50 DM
11)	Makrele	4,00 DM
12)	Weinblätter	4,00 DM
	Bier 0,4l	1,50 DM
	Wein 0,2l	1,50 DM

Montag - Dienstag - Mittwoch im "Z"

Lammrücken gebraten (mit Reis) zum Preis von 4,00 DM

Makrele mit Weiskohlsalat zum Preis von 3,80 DM

Gew-Rechtsschutz nur bei Anerkennung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse

Aus der ganzen BRD werden Fälle bekannt, daß Referendariatsbewerber, denen die Einstellung durch die Behörde verweigert wird, den Kampf für ihre Ausbildung auf allen Ebenen aufnehmen. In den meisten Fällen mußten selbst bürgerliche Gerichte die Unhaltbarkeit der jeweiligen Auswahlkriterien anerkennen und den betreffenden Kollegen per einstweiliger Anordnung ins Studienseminar verhelfen - in Westberlin haben bereits ca. 20 Kollegen die Beendigung ihrer Ausbildung eingeklagt. Auch in Baden-Württemberg mußten 30 von der Behörde zunächst abgelehnte Bewerber ins Referendariat aufgenommen werden. Nur in Münster wurde ein entsprechender Antrag eines Kollegen abgelehnt. In Hamburg haben vor allem Kollegen der "Initiativgruppe arbeitsloser Lehrer und Erzieher" diesen Schritt in Angriff genommen. Dazu haben sie sich seit fast einem Jahr vergeblich um Rechtsschutz seitens der GEW bemüht. Die GEW lehnte es immer wieder ab, die betroffenen Kollegen bei ihrem geplanten gerichtlichen Vorgehen zu unterstützen.

Erst jetzt, als sich die Lehrerarbeitslosigkeit soweit verschärft hat, daß sich nur noch jeder zweite Bewerber einen Platz im Studienseminar ergattern konnte und Presse, Rundfunk und Fernsehen bisweilen über diesen katastrophalen Zustand berichten, entschied sich die GEW in letzter Minute, den betroffenen Kollegen Rechtsschutz zu gewähren: Die Kollegen stellten der GEW-Rechtsstelle ein Ultimatum und machten klar, daß sie auch aus eigenen Mitteln einen solchen Prozeß führen wollten - notfalls ohne GEW. Doch mit der Gewährung von Rechtsschutz verband die GEW-Rechtsstelle eine mittelschwere Schweinerei: Nur den Kollegen soll Rechtsschutz gewährt werden, die sich für die Unvereinbarkeitsbeschlüsse aussprechen. Dieses erpresserische Vorgehen der GEW-Rechtsstelle geht aus einer Resolution hervor, die vom RV und von den Teilnehmern der Veranstaltung zur Lehrerarbeitslosigkeit am 6.2.76 einstimmig verabschiedet wurde:



Resolution

"Ende Januar haben 12 GEW-Mitglieder die GEW um Rechtsschutz gebeten. Die Kollegen wollen die Beendigung ihrer Ausbildung, d.h. einen Platz im Studienseminar bei der Schulbehörde einklagen. Der Rechtsschutz wurde ihnen zugesagt. Wenig später erhielten sie zusammen mit einem Formular - Antrag auf Rechtsschutz - einen auf Matrizie abgezogenen Zettel mit folgendem Inhalt:

'Mit meiner Unterschrift erkenne ich die Satzung der GEW an und erkläre ausdrücklich, daß ich keiner Organisation angehöre bzw. unterstütze, die unter die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB fällt.'

Damit soll die Gewährung von Rechtsschutz, die jedem GEW-Mitglied zusteht, von der schriftlichen Anerkennung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse abhängig gemacht werden. Dies ist eine eindeutige Einschränkung der Mitgliederrechte unter Ausnutzung der Notlage der betroffenen Kollegen.

Wir protestieren schärfstens gegen dieses erpresserische Vorgehen der GEW-Rechtsschutzstelle, daß sie Solidarität gerade mit den Kollegen, die am härtesten von der Sparpolitik betroffen sind, verletzt und untergräbt.

Gemäß ihrer Plattform steht die Initiativgruppe allen Kollegen offen, auch denen, die vom Berufsverbot oder den Unvereinbarkeitsbeschlüssen betroffen sind. Diese 'Reverse-Politik' ist daher eindeutig als Spaltungsmanöver zu kennzeichnen und schärfstens zurückzuweisen.

Wir fordern die betroffenen Kollegen auf, die Erklärung nicht zu unterschreiben. Wir fordern den Vorstand der GEW-Hamburg auf, die Rechtsschutzstelle anzuweisen, diese "Reverse" zurückzuziehen und sie in Zukunft nicht mehr zur Voraussetzung von Rechtsschutz zu machen. "

Spaltung und Denunziation!

Mit diesen 'Reversen', die übrigens von keiner Mitgliederversammlung verabschiedet wurden, sondern im Januar 1976 vom Hauptvorstand in Frankfurt erlassen wurden nach dem Motto der GEW-Satzung: 'Das weitere regelt der Hauptvorstand!', spaltet die GEW-Rechtsschutzstelle die Kollegen in zwei Kategorien: die einen, die Rechtsschutz beanspruchen; sie müssen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse praktisch anerkennen und bejahen. Die übrigen Kollegen, die (noch) **keinen** Rechtsschutz beanspruchen und (noch!) nicht aufgefordert bzw. verpflichtet werden, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse **aktiv** zu bejahen.

So versucht die GEW-Führung via Rechtsschutz ihre Unvereinbarkeitspolitik weiter durchzusetzen und den Widerstand der Kollegen gegen diese undemokratischen Beschlüsse weiter zu spalten.

Als zweites rückt die GEW die Kollegen, die nicht unterschreiben und damit ihre konsequent demokratische Haltung gegenüber der Unvereinbarkeitspolitik demonstrieren, in den Verruch von 'Chaoten', 'Terroristen', 'Verfassungsfeinden' usw.

Schon bei den Gewerkschaftsausschlüssen hat die GEW-Führung gezeigt, daß sie einen aktiven Beitrag zur 'Sauberehaltung' des öffentlichen Dienstes zu leisten gedenkt; auch die Reverse-Politik wird so manchen 'Verfassungsfeind' dem Staat an die Klinge liefern - ein weiterer Beitrag der GEW-Führung beim beschleunigten Abbau der demokratischen Rechte in der BRD!

Unterstützt den Kampf gegen die Unvereinbarkeitspolitik, indem ihr die abgedruckte Resolution in allen GEW-Betriebsgruppen diskutiert und verabschiedet. Ein gutes Beispiel ist die Fachgruppe Gymnasien, auf der eine ähnliche Resolution schon verabschiedet wurde!

Auch auf der Landesvertreterversammlung am 23.3.76 im Curio-Haus muß das Erpressungs- und Spaltungsmanöver der GEW-Rechtsschutzstelle verurteilt werden! Bereitet dazu Dringlichkeitsanträge vor!
Kommt massenhaft zur LVV! ■

Das Urteil von Karlsruhe

Teil II

Widersprüche im Grundgesetz

1. Die vom BVerwG vorgenommene und vom BVerfG implizit akzeptierte Aufteilung der Verfassung in mindestens "zwei wesensverschiedene Bereiche" (vgl. IV 2.3.), der Widerspruch von Parteienprivileg und Ämterverfassung scheint uns nicht bloß, wie etwa SCHNEIDER (a.a.O. S. 1030f) juristisch inkonsistent zu sein, sondern sogar mit einer gewissen Konsequenz dem GG selbst zu entstammen. Die Grenzen der politischen Tätigkeit gerade im Staatsdienst stehen als unmittelbarer Gegensatz den allgemein verfassten Bürgerrechten gegenüber, somit gesellschaftliche Machtverhältnisse widerspiegelnd. "Jeder Paragraph der Konstitution enthält seine eigene Antithese in sich, nämlich in der allgemeinen Phrase die Freiheit, in der Randglosse die Aufhebung der Freiheit." (MARX, Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte, Dietz Einzelausgabe S.29; "allgemeine Phrase" entspricht hier dem allgemeinen Grundrechts-Katalog, "Randglosse" den "Grundsätzen des Berufsbeamtentums").

Indem das GG widersprüchlich ist, ist die Frage berechtigt, auf welchem Boden man steht, wenn man sich auf "den Boden des GG" gestellt hat. Damit ist im Grunde schon gesagt, daß man die Art der Auseinandersetzung zwischen den Parteien dann kopiert, wenn man das GG zur Grundlage gegen die Berufsverbote macht, weil hier bloß eine Seite des GG gegen die andere gehalten wird.

2. Bei allen Widersprüchen im BVerfG und aller Sorgfalt, die man auf ihre Untersuchung verwenden muß, kann und muß auch festgehalten werden, daß im Wesentlichen zwischen der Mehrheit und RUPP Übereinstimmung besteht. So z.B. auch darin, daß sie generell Bezug nehmen auf die dienstrechtlichen Bestimmungen für alle im Öffentlichen Dienst Beschäftigten. Es wird nicht differenziert nach der grundsätzlichen Funktion aller "Staatsdiener", auch der Arbeiter und Angestellten im Öffentlichen Dienst, einerseits und dem daraus abgeleiteten Treueverhältnis andererseits. Bei der Art,

Anzeige

STUKA - günstiger

STUKA - Kollegbedarf - Papierwaren

STUKA - 2mal
an der Universität

Schlüterstraße 18
(gegenüber der Mensa)

Von-Melle-Park 5
Verfügungsgebäude IV
Wi Wi II

STUKA Hamburger Studenten Kaufstätte

Telefon: 451870

in der das Treueverhältnis von BVerwG und BVerfG verstanden wird, bedeutet das praktisch eine Ausdehnung von Art. 33 Abs. 5 GG, der "hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums", auch auf die Arbeiter und Angestellten des Öffentlichen Diensts.

Wichtig dazu ist, daß sich nach der herrschenden Rechtsmeinung das "Streikverbot für Beamte" gerade aus Art. 33 Abs. 5 herleitet (vgl. HOFFMANN, R.: Beamtenstreik und Verfassungsverständnis vom Sozialstaat, in: Kritische Justiz 4/71, bes. S. 48f.). In dieser Beziehung unterstützen sowohl die Mehrheit als auch RUPP die bestehenden Tendenzen zum Abbau der Tarifautonomie im Öffentlichen Dienst.

3. Hinter dem Vorrang der Treuepflicht vor den politischen Bürgerrechten der Beamten und der Tendenz gegen die Tarifautonomie steht ein Staatsverständnis, das sich aus dem Obrigkeitsstaat herleitet, diesen allerdings zum "autoritären Sozialstaat" entwickelt: der Staat versorgt patriarchalisch die Bürger, bleibt ihnen aber unerreichbar übergeordnet (vgl. oben IV 2.1.).

4. Während das Mehrheitsurteil dieses Staatsverständnisses ganz offen zum Ausdruck bringt und sogar noch im negativen Sinn verschärft (Stichwort Krise: Rechts- und Sozialstaat sind nicht mehr Verfassungsauftrag, sondern apologetisch gesetzt als Wirklichkeit in der BRD), bestätigt RUPP diese Auffassung, indem er nicht auf sie eingeht.

Die Stellungnahme des Hauptausschusses der GEW (EuW 10/75) berührt diese grundlegende Problematik des in sich wandelnden Staatsverständnisses mit keinem Wort. Im Gegenteil: Man sieht im Urteil "wesentliche gewerkschaftliche Forderungen bestätigt".



Kommentar des RV zum Artikel "Das Urteil von Karlsruhe".

Die Kollegen, die diesen Artikel verfaßt haben, haben sich viel Mühe gemacht. Aber wir fragen: Was ist der politische Nutzen dieser Untersuchung des Grundgesetzes und seiner Interpretationen? Sicher, auf juristischer Ebene haben die Kollegen die Unhaltbarkeit der DKK - Argumentation von den "verfassungswidrigen" Berufsverboten dargestellt. Unserer Meinung nach ist es allerdings wichtiger, statt der Verfassung und ihrer Interpretationen die politische Wirklichkeit in der BRD zu untersuchen und anzugeben, wie man gegen diese Wirklichkeit kämpft. "Und die Wirklichkeit in der BRD besteht ja nicht nur aus den angeblich 'verfassungsfeindlichen' Berufsverboten; zur Zeit wird diese Wirklichkeit vor allem dadurch charakterisiert, daß die wirtschaftliche Krise ohne nennenswerten Widerstand auf den Rücken der arbeitenden und lernenden Bevölkerung abgewälzt werden kann. Allein diese Tatsache entlarvt das ganze Pochen auf das Grundgesetz als kraftlose und lächerliche Schaumschlagerie." (Zitat aus der Sondernummer der Referendar - Zeitung zu den Berufsverboten.)

Politische Konsequenzen

1. Die politische Konsequenz aus dem Gesagten ist nicht so zu ziehen, daß man
 - einseitig die Wahrung der im GG verankerten Grundrechte einklagt (wie auch jetzt wieder die "Erklärung Hamburger Hochschullehrer" zeigt - obwohl eine solche Initiative ausdrücklich zu begrüßen ist!), ohne auf die genannten Widersprüchlichkeiten einzugehen;
 - das GG zur verbindlichen Grundlage für fortschrittliches Vorgehen gegen die Berufsverbote macht ("Täuschungsmanöver" oder falsche politische Analyse);

sondern:

- Ambivalenz des GG exemplarisch bewußt machen kann und so Illusionen abbauen (z.B. auch über falsche Vorstellungen über Möglichkeiten im Beruf);
- auf der Grundlage einer solchen Einschätzung gegen die Berufsverbote (besonders in den Gewerkschaften) vorgehen;
- die Dimensionen des BVerfG-Urteils und der Berufsverbote-Praxis sich und den anderen deutlich machen: psychischer Druck, Angst, Selbstzweifel, Selbstisolation auch da, wo es nicht nötig ist etc.

Aus bekannten Gründen wird die Gruppe, die diesen Artikel verfaßt hat, jetzt und in Zukunft firmiert als:

Anna Einstieg



ANZEIGE

Die Hälfte des Himmels

Buchladen

Schlüterstr. 73
Tel. 410 42 62

Frauen
Stadtteil
Umwelt
Ausländ.
Arbeiter
Pädagogik
Psychologie



Ausland
Dritte Welt
Deutsche
Geschichte
(spez. Arbeiterbewegung)

Wir bestellen alle Bücher,
die wir zum Teil innerhalb
von zwei Tagen bekommen

Du, laß Dich nicht erschrecken!

- Für die Erstsemester -

So groß wie die Freude ist, einen Ausbildungsplatz im Studienseminar erhalten zu haben (vor allem für die Kollegen, die bis zu einem Jahr drauf warten mußten), so schnell wird sie wieder vergehen, wenn man seine Arbeit im Referendariat aufnimmt.

Zwar wehte in der letzten Zeit auch schon an der Uni ein ganz anderer Wind (die bestehenden 'Freiräume' werden immer mehr abgebaut, Prüfungsverschärfung, HRG, Verbot des politischen Mandats weisen in diese Richtung), so unterscheidet sich die Situation dort doch grundsätzlich von der im Referendariat.

Erstens ist die Abhängigkeit des einzelnen von der Behörde und seinem Vorgesetzten durch Beamtenrecht, Treuepflicht und ähnlichen Bestimmungen viel größer. Zweitens sind die Möglichkeiten, gegen Repression und Willkürmaßnahmen vorzugehen, sich gegen Einschüchterung kollektiv zur Wehr zu setzen, viel begrenzter. Hinzu kommt ein enormer Leistungs- und Prüfungsdruck, der das gesamte Referendariat zu einem permanenten Examen macht.

Viele Kollegen versuchen, dieser entwürdigenden Situation, in der man dem Seminarleiter - wie ein Schüler - auf Gedeih und Verderb ausgeliefert ist, dadurch zu entgehen, daß sie wenigstens im Unterricht ihre Vorstellungen verwirklichen und ihre ganze Kraft in eine fortschrittliche Unterrichtspraxis legen. Man wird allerdings schnell erfahren, daß diese Orientierung der eigenen Arbeit auf zahlreiche Hindernisse stößt. Auf der einen Seite die objektiven Schwierigkeiten: Große Klassenfrequenzen, die eigene fehlende praktische Unterrichtserfahrung, die relative Isolierung der Referendare im Kollegium, der schlechte Kontakt zu den Eltern. Zu diesen objektiven Schwierigkeiten kommen die Vorstellungen der Seminarleiter von einem "guten" Lehrer: Ruhe in der Klasse (möglichst "elegante") Disziplinierungsmaßnahmen, forsches Auftreten u.ä. Diese Schwierigkeiten führen dazu, daß man seinen Anspruch, einen guten und fortschrittlichen Unterricht zu machen, langsam aufgibt zugunsten der Überlegung, den Unterricht überhaupt heil durchzustehen. Oder anders: Ehe man überhaupt in der Lage ist, einen fortschrittlichen Unterricht zu machen, hat man sich schon an die Bedingungen in den Schulen, an die einzelnen Disziplinierungstechniken gewöhnt - und das ist ja schließlich der "eigentliche Sinn" des Referendariats. Bei dieser Anpassung der Referendare - von ihren "überhöhten" wissenschaftlichen Vorstellungen an die bestehende Unterrichtspraxis - spielt das Ausbildungssystem mit Seminarleiter, Hospitationen usw. eine entscheidende Rolle.

Die Seminarleiter - das sollte klar sein - haben in der Regel keinen fortschrittlichen Unterricht im Auge und legen auch keineswegs Wert auf selbstbewußte Referendare. Sie sind von der Schulbehörde für diesen Job ausgesucht worden (warum wohl!), werden dafür ganz nett bezahlt und müssen dafür natürlich "Leistung" bringen. Was hier u.ä. unter "Leistung"

zu verstehen ist, machte 1974 Senator Apel klar, als er die Seminarleiter aufforderte, jede "verdächtige" Äußerung eines Referendars im Seminar aufzuschreiben. Zwar gibt es auch einige fortschrittliche Seminarleiter, dennoch ist prinzipiell erstmal Vorsicht am Platze: Neben der 'harten Tour' ("Hier wird nicht diskutiert!") wird zumindest zu Beginn der Ausbildung die 'weiche Welle' angewendet nach dem Motto: "Mit mir können Sie über alles sprechen!" Die Erfahrungen zeigen aber, daß sich hinter manchem Seminarleiterlächeln eine Reihe giftiger Eckzähne verbirgt. Spä-



testens in den Berichten, die über die 'Entwicklung der Persönlichkeit des Referendars' Aufschluß geben sollen, und in den Lehrproben der Prüfungen zeigt sich, daß die Freundlichkeit oft geheuchelt war, und daß gerade die Kollegen, die im Seminar sich nicht den Mund haben verbieten lassen, besonders übel zensiert wurden. Auch die Hospitationen sind in der Regel nicht das, als was sie ausgegeben werden, nämlich Lernhilfen, in denen der Unterricht in solidarischer Form kritisiert wird, sondern Teil der Prüfung und offenes Disziplinierungsmittel.

Was tun?

Die einzige Möglichkeit, sich gegen Vereinzelung und Resignation zu wehren, ist es, sich in allen Fragen mit den Kollegen zusammenzutun und möglichst schnell zu kollektivem Handeln zu kommen.

- Das geht über Austausch von Unterrichtsmaterialien, gegenseitigem Hospitieren und dem gemeinsamen Vorbereiten der Prüfungen. So wird die anstehende Arbeit effektiver erledigt und gleichzeitig dem Konkurrenzdenken entgegengearbeitet.

- Das bezieht sich auf die Durchsetzung bestimmter Rechte im Seminar: Es hat sich als nützlich (und möglich!) erwiesen, daß man eine Viertelstunde der Seminarzeit für Referendarangelegenheiten zur Verfügung gestellt bekommt - und der Seminarleiter in dieser Zeit den Raum verläßt (Begründung: siehe oben!).

- Weiter ist es wichtig, den Seminarleiter festzulegen, seine Beurteilungen von Seminararbeit, Unterrichtsproben usw. offen und verbindlich zu begründen.

Liebe Kolleg innen und Kollegen!

Obwohl wir aus 4 VR und 3 HL-Seminaren nur unvollständige, bzw. gar keine Angaben über Zensuren und Einstellungen haben, finden wir es dennoch richtig, die bisherigen Ergebnisse Euch bekannt zu machen. Insbesondere dürften die Daten für die jetzigen Erstsemester interessant sein.

Wir bitten nochmal alle ehemaligen "3.Semester", die sich an der Fragebogenaktion noch nicht beteiligt haben oder uns unvollständige Angaben machten, uns die Ergebnisse mitzuteilen, damit wir die Tabelle vervollständigen können.

Die Kollegen aus dem HL-Bereich fanden unsere Liste für sich nicht so geeignet und entwickelten eigene Kriterien. Hierbei ist insbesondere das Seminar von Dahms zu erwähnen, dessen Liste wir in der nächsten Zeitung abdrucken wollen. Wir hoffen allerdings, daß sich bis dahin die anderen HL-Seminare der Initiative des Dahms-Seminars anschließen werden.

Zu bedauern ist u.E., daß sich die HL-Kollegen scheuen, ihre Namen anzugeben. Das ist einzig und allein deswegen extrem schlecht, weil die "Auswerter" sich nur an die Gruppensprecher halten und sie anrufen können, während man sich bei namentlichen Listen auch an alle anderen Kollegen eines Seminars wenden kann. Auch für weitere Fragen - wie: in welcher Schulart seid Ihr beschäftigt ect. - ist eine Angabe mit Name und Telefor nützlich. Auf keinen Fall geben wir Angaben mit Namen weiter. Auch die Kollegen, die dem RV bei der Auswertung helfen, interessieren sich ausschließlich für Informationen und nicht für Namen.

Aus den bisher vorliegenden Zahlen ist zu ersehen:

1. Frauen machen bessere Examen als Männer.
2. Die Durchfall- und Rücktrittquote ist gegenüber dem vorigen Semester von ca 13% auf ca 18% gestiegen.
3. Die Zensurierung in den einzelnen Seminaren ist sehr unterschiedlich. Das Horrerbeispiel ist das des Kaul-Seminars, das "beste" Seminar scheint das von Hennig zu sein.
4. Nur Männer sind Beamte auf Probe geworden, während meist die Frauen von der Arbeitslosigkeit am stärksten betroffen sind.
5. Diese Tatsache ist der veröffentlichten Tabelle hier nicht zu entnehmen: Die Endzensur des 2. Examens stimmt zu über 90% mit der Note des Vorbereitungsdienstes überein.

Euer Referendarvorstand

ÜBERSICHT IN PROZENTEN

HS (VR)	1	2	3	4	durchg.	Zurückg.
74/14	9,5%	50,8%	23,8%	11,1%	1,6%	3,2%
74/15	5,6%	22,2%	41,7%	-	25%	5,6%
74/16	6,5%	19,3%	35,5%	16,1%	22,6%	-
74/17	14,8%	56,5%	7,4%	-	7,4%	14,8%
74/18	26,7%	26,7%	26,7%	6,7%	-	13,3%
74/10	2,4%	26,2%	35,7%	7,1%	26,2%	2,4%
HS DAHMS	5%	34%	44%	5%	5%	7%
HS ELSE	7,1%	45,2%	28,6%	7,1%	11,9%	-
GESAMT: HS 74/14-18	10,34%	37,35%	28,2%	7,5%	10,9%	5,8%
HS 74/14-18 weiblich	9,4%	42,6%	27,9%	7,4%	6,6%	5,8%
HS 74/14-18 männlich	11,5%	25%	28,9%	7,7%	21,15%	5,8%

ÜBERSICHT ÜBER EINSTELLUNGEN

	nichts	halb	voll	Be.a.P	sonst
HS 74/14-18 + HS 74/11	34	116	18	10	13
in Prozent	17,8	60,7	9,4	5,2	6,8

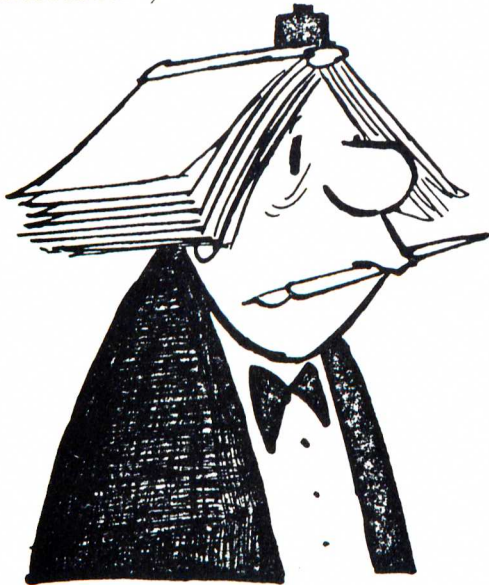
PS.: Beachtet bitte, was einige Kollegen machen müssen, um sich über Wasser zuhalten: Einen Ein-Monatsvertrag (!) mit halber Stundenzahl als Schwangerschaftsvertretung!

ÜBERSICHT über 9 SEMINARE

Hauptseminar HS-Leiter Schwerrat	ZENSUREN												Einstellungen in Hter Schwedienst						Sonstige Beschäftigungen Bemerkungen
	1	2	3	4	durchg.	zurückg.	nichts	halb	voll/Aug.	Beamt.a.P									
	m w G	m w G	m w G	m w G	m w G	m w G	m w G	m w G	m w G	m w G	m w G	m w G	m w G						
HS 34/14 (VR) KNIPPER Selbesiger	1 5 3	6 26 22	4 11 12	3 4 5	1	2	1 9 7 $\frac{3}{4}$	6 36 22 $\frac{1}{4}$	4 4 $\frac{2}{3}$	3							1 in Schwed.-Holstein 1 nicht bewertet		
HS 34/15 (VR) GRÜNING Kaiser	1 1 2	8 7	5 10 11	—	4 5 4 2		3 2 3	4 11 7 $\frac{2}{3}$	1 1 2 3	3	1 $\frac{1}{3}$	3					1 nicht bewerten, kein W.-Berlin; 1 einen 1-Monatsvertrag (!) in Schw.-Holtst 1 schwanger: Hausarbeitshilfe		
HS 34/16 (VR) Weger	2	3 3 2	4 7 10	1 4 4	5 2 7	—	3 5 6 $\frac{3}{4}$	5 2 2 $\frac{1}{3}$		5	4	5					1 nicht bewerten 2c Lehrauftrag mit 10 Stellen (Zensur: 3)		
HS 34/17 (VR) HENNING Händler Schwarz	1 3 1	3 12 9	2	—	1 1 1	1 3 2	2 1 $\frac{2}{3}$	2 14 7 $\frac{1}{3}$	1	2	1	1					1e W. Berlin 1e Lehrauftrag in Schw.-Holstein 1e Schwanger: nichts (Zensur 2)		
HS 34/18 (VR) SCHMIDT	1 3 1	1 3 4	2 2 3	1 1	—	2	ges. 4	1 8 7 $\frac{1}{2}$	1	3 1	1	3 1							
HS 34/10 (VR) KAUL	1 1	11 6	4 14 8	3 2	1 10 4	1	3	6	1 3								1e Schwanger: nichts 1e 10-stellen Lehrauftrag		
HS 34/14 (VR) HOLLÄNDER	ges. 1	ges. 20	ges. 26	ges. 2	?	?	ges. 7	ges. 27	ges. 10(!)								2 am Privatstudien 1 Kraftfahrer 1 Sozialpädagoge im P.-Kinderdorf		
HS DAHMS (HL)	1 1 2	7 7 8	14 4 7	1 1	1 1 1	3 3	?												
HS ZLSE (HL)	1 2	10 9	6 6	3	5	—													

m = männlich, w = weiblich, G = GEM-Mitglied, Z = Zensur, B = Bundeswehr/Ersatzdienst-
 abmang. = durchgefallen, zurückg. = zurückgehalten, 1 = 1 Kollege, 1e = 1 Kollegin

In Eurem Hauptseminar solltet Ihr möglichst schnell eine Betriebsgruppe der GEW aufmachen. Auch (gerade!) wenn man mit der offiziellen GEW-Politik nicht zufrieden ist, müssen wir gerade unter der Mehrheit der Kollegen (und die ist in der GEW organisiert) arbeiten. Wählt dazu möglichst schnell Vertrauensleute (pro HS zwei) und Delegierte (ein Delegierter ab fünf ordentliche Mitglieder). Wichtig ist hierbei, daß wir unsere Interessen aktiv in der GEW durchsetzen, auch wenn's der GEW-Führung gegen den Strich geht. (Siehe hierzu den Artikel zum GEW-Rechtsschutz.)



- Wählt Gruppenseminarsprecher. Im Referendarausschuß (RA) sollen alle Gruppenseminarsprecher (und alle übrigen interessierten Kollegen!) über auftretende Probleme in den einzelnen Seminaren diskutieren, gemein-

same Schritte aller Referendare gegen die Ausbildungsver schlechterung beschließen usw. Gerade der RA, der vierzehntägig dienstags tagt, ist in der letzten Zeit ein wichtiges Mittel geworden, die Diskussion über einzelne Kampfschritte, z.B. den Warnstreik, unter den Referendaren voranzubringen.

- Ein wichtiges Instrument zur Überwindung der Spaltung zwischen den Seminaren ist die Referendarzeitung. Gerade seit der Wahl der 'Alternative' in den Referendarvorstand (RV) im letzten Semester ist die Referendarzeitung ein gutes Mittel geworden, die Diskussion in den Seminaren anhand anstehender Aufgaben zu veröffentlichen, Disziplinierungen und sonstige Schweinereien publik zu machen, über alle Probleme zu informieren, um so zu einem einheitlichen Handeln der Referendare zu kommen. Die Referendarzeitung ist kein 'Organisationsblatt', sondern ein Blatt der Referendare. Jeder Kollege und jedes Seminar kann (und soll!) die eigenen Erfahrungen, Berichte, Vorschläge in die Referendarzeitung einbringen.

Fazit:

Der individuelle Weg - und dazu gehört auch, sich auf eine fortschrittliche Unterrichtspraxis zu beschränken - wird auf jeden Fall bitter enden. Die totale Anpassung an die Normen der diversen Seminarleiter kann nur mit dem Preis der Selbstaufgabe erkaufte werden. Die einzige Möglichkeit, sich gegen die Mißstände in der Ausbildung und die Angriffe der Behörde zu wehren, ist das kollektive und organisierte Handeln!

Finzeige

Unser Leben wird farbiger und immer abwechslungsreicher.

Doch es birgt auch Gefahren.

Die Unfallmeldungen beweisen es Tag für Tag. Aber das nicht allein, auch ein Krankheitsfall in der eigenen Familie macht deutlich, wie wichtig und notwendig ausreichender Versicherungsschutz ist. Sprechen Sie doch einmal mit uns darüber. Wir bieten Ihnen auf dem Gebiet der Kranken- und Lebensversicherung ein Vorsorgeprogramm, das allen Wünschen gerecht wird.

Jetzt können Sie
bei der Debeka
auch bausparen!

Debeka

Krankenversicherungsverein a. G.
Lebensversicherungsverein a. G.

Hauptverwaltung: 54 Koblenz, Südallee 15-19, Postfach 460

Verwaltungsstelle für Erzieher: 2 Hamburg 13, Rothenbaumchaussee 17
Tel.: 44 59 10 + 44 74 01

Bericht über die SL der HS 74/...

Auswertung HS Dahms (Abt.2)

Am 1.8.74 haben wir mit 43 Referendaren begonnen, von diesen haben Ende Januar 1976 37 das Examen erreicht: Eine Kollegin gab während des ersten Semesters auf, weil sie sich den schulischen Anforderungen nicht gewachsen fühlte, eine Kollegin trat nach dem ersten Semester zurück, eine weitere aus privaten Gründen, zwei wegen der Aussicht, durchzufallen bzw. mit mieser Note keine AAnstellungschance mehr zu haben. Eine Prüfung wird nachgezogen. Von 4 Rückläufern, die im 2. Semester zu uns kamen, haben drei das Examen nicht erreicht.

Als Ergänzung zu den Tabellen (Anmerkung der Redaktion: Die Tabellen sind in der Gesamtauswertung (soweit vorhanden) enthalten) sei noch angemerkt: Die Unterscheidungen in "hermeneutischen Fächern" und mat.-nat. Fächern war besonders aufschlußreich und bestätigte unsere Vermutung, daß Kollegen mit mat.-nat. Fächern signifikant

schlechter bei unserem HSL abgeschlossen haben. Im Unterschied zur Umfrage des AjLE konnten wir nicht feststellen, daß GEW-Kollegen schlechter abgeschnitten haben, als Nicht-Organisierte. Hinzuzufügen wäre aber noch die aus den Tabellen nicht ersichtliche Hitparade: GEW-Kolleginnen haben die besten Ergebnisse - gefolgt von Nicht-organisierten, dann kommen die GEW-Kollegen, fast gleichauf mit den nichtorganisierten Kolleginnen.

Zu den Fachseminaren bleibt anzumerken, daß bei FSL Köpcke die schlechtesten Ergebnisse zu verzeichnen waren (Englisch):

Lehrproben: Arbeiten:
1:1,2:3,3:2,4:4, 1:-,2:2,3:-,4:2, 5:2,
Zusätzlich haben wir noch gefragt, ob die Berichte mit den Referendaren besprochen wurden. In der Regel war das der Fall, wenn gleich die Praxis sehr unterschiedlich aussah - von telefonischem Vorlesen bis zur intensiven Besprechung mit Korrekturmöglich-

keiten. Die FSL's haben meist nur den Bericht verlesen, der HSL ging auf unser Verlangen so ein, daß er fragte, wer etwa den Stand seiner Ausbildung erfahren möchte.

Bei den Hospitationen gab es sehr selten Noten. Das ist umso wichtiger zu wissen, als es sich bei den Berichten der FSL's meistens rüchte, keine Noten verlangt zu haben.

Bericht über HSL Debarry

Kürzlich erzählte mir eine Referendarin: Auf einer Sitzung mit Frau Konrad (Schulrätin und Prüfungsvorsitzende) brachten die Referendare gemeinsam folgende Forderungen ein:

** Ein Referendar solle bei der Lehrprobe und dem anschließenden Prüfungsgespräch zuhören können, was bisher möglich war und bei den momentanen miserablen Aussichten auf A nstellung als Lehrer besonders wichtig ist.

** Die Noten der schriftlichen Arbeit sollten eine Woche vor dem mündlichen Termin bekanntgegeben werden, um die nervlichen Belastungen zu senken und bei einer schlechten Arbeit unnötigen Einsatz zu verhindern und um zu vermeiden, daß z.B. bei einer 5 den Kandidaten 5 Minuten vor ihrer Prüfung gesagt wird, sie seien durchgefallen und könnten nach Hause gehen.

** Eine Begründung aller Noten.

Frau Konrad berief sich auf ihre 'langjährige Erfahrung' und versuchte den Referendaren weiszumachen, Zuhörer seien doch nur zu deren Nachteil, da die Anwesenheit Fremder die Nervosität nur unnötig steigern; als die Referendare meinten, daß könnten sie doch am besten selbst entscheiden und es sei wichtig für sie, daß jemand zuhört, der in der gleichen schwierigen Lage ist wie sie selbst, mit dem sie hinterher sprechen könnten, heuchelte Frau Konrad: "Als Vertrauenspersonen haben sie doch uns!" (d.h. gerade die Prüfer, gegen deren Willkür der Zuhörende ein Schutz sein soll!)

* Außerdem, meinte Frau Konrad, könnte das Prinzip der Verschwiegenheit, das der oberste Grundsatz eines jeden Beamten sein sollte, verletzt werden...

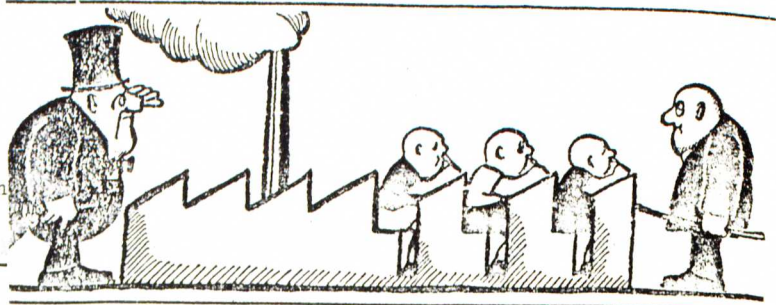
* und das zeigte deutlich, wovor sie eigentlich Angst hatte: zu zweit könnten sich die Referendare viel eher wehren bei Übergriffen und Willkür der Prüfer (die häufig vorkommen), indem sie z.B. so etwas veröffentlichen und den anderen Referendaren bzw. den Kollegen an der Schule, den Schülern und deren Eltern bekannt geben.

Die zweite Forderung lehnte Frau Konrad aus fadenscheinigen Termingründen ab, nicht ohne jedoch darauf zu verweisen, daß man ja gar nicht genug lernen könnte und die Referendare doch 'für das Leben lernten' und nicht für die Prüfung!

Eine Begründung der Noten sei aus technischen Gründen nicht möglich, denn "wer soll das alles tippen?"!

Bei jeder Wortmeldung erkundigte sich Frau K. genau nach dem Namen des Sprechers und 'beruhigte' die Referendare mit der Versicherung, daß sie sich keinen merken würde und keiner einen Nachteil davon haben sollte, was die Referendare ihr jedoch nicht geglaubt haben.

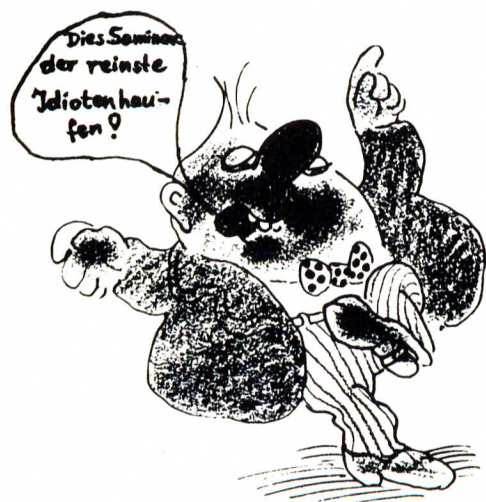
Am Ende dieser Besprechung herrschte große Wut unter den Referendaren. Da sie jedoch alle in kurzer Zeit Examen machen und deshalb unter großem Druck stehen, kamen keine Aktinnen zustande.



HS/XV

Im HS/XV begannen am 1.8.74 33 Kollegen ihren Vorbereitungsdienst für VR. Im Laufe der Zeit kamen 4 Kollegen hinzu, die bei der 1. Prüfung durchgefallen waren. Zum 1.2. erhielt einer davon eine Planstelle im VR-Bereich, zwei andere werden vorübergehend mit 28 Stunden im Berufsschulbereich beschäftigt. 14 Kollegen haben das "Glück", sich ein halbes Jahr mit einem 14-Stunden-Vertrag an VR-Sonder-, Berufs- und Gesamtschulen erneut bewähren zu dürfen. Eine schwangere Kollegin darf nach langem Hin und Her 5 mal nachmittags 2 Stunden bei den Schularbeiten helfen. Eine Kollegin bekommt eine Stelle in Westberlin, eine andere bekommt einen 1-Monats-Vertrag (!) in Schleswig-Holstein. Vier Kollegen haben zwar alle Fallstricke im Referendariat heil überstanden, scheitern aber nun an der Tatsache, daß der Hamburger Senat sie nicht einstellen will.

Insgesamt elf Kollegen wurden von den Seminarleitern zum Lehrer nicht für würdig befunden und blieben vorher auf der Strecke. Von den 380 Kollegen, die mit uns am 1.8.74 angingen, machte unser Seminar gerade einen Anteil von knapp 9% aus. Bei der Zahl der Kollegen, die nicht bestanden, bzw. vor der Prüfung zurücktraten, stellt unser Seminar allein 11 von 43 Kollegen, das sind über 25%. Einige Seminarleiter veranlaßte dies zu der Behauptung, daß dieser Durchgang wohl ein "Idiotenhäufen", ein "Scheißseminar" gewesen sein muß. Diese Unverschämtheit war für uns der letzte Anstoß, dies denn doch etwas genauer zu untersuchen und diese Werturteile an die Absender zurückzugeben.



BSL X

Der erste Kollege wurde schon nach dem 1. Semester aus dem Seminar hinauskomplimentiert. Er hatte große Schwierigkeiten, sich mit dem Streß der Schule und der Reglementierung im Referendariat zurechtzufinden. Er wurde gemeinsam von HSL Gruning und GSl Jensen bearbeitet, bis er dem zusätzlichen Druck nachgab und ein Semester zurückgehen wollte. Dies wurde ihm dann versagt. Hinterher hieß es, der Kollege habe eingesehen, daß er für den Schuldienst nicht geeignet

sei. Zwei weitere Kolleginnen traten vor der Prüfung zurück, die erste Kollegin nach einer längeren Krankheit. Der eigentliche Grund waren jedoch die endlosen Querelen, denen sie sich insbesondere vom GSl Hoch ausgesetzt sah, der es nicht zulassen wollte, daß andere Auffassungen von Unterricht als seine eigenen existierten, und der es vor allem nicht mochte, daß ihm die Kollegin, gerade auch weil sie andere politische Anschauungen vertrat als er, auch widersprach. Der GSl versuchte, die Kollegin fertigzumachen, und verbreitete unter der Hand, daß diese Kollegin sowieso durchgefallen würde. Die Kollegin zog es vor, das scheinheilige Angebot, ihre Prüfung zu einem späteren Zeitpunkt durchzuführen, nicht anzunehmen, und ging lieber gleich ein Semester zurück. Daß sie darin Recht hatte, zeigte die spätere Prüfungspraxis, bei der alle "Abschlußprognosen" noch weit übertroffen wurden.

Die zweite Kollegin bekam Schwierigkeiten, nachdem sie in den Referendarvorstand gewählt worden war. Da war es höchste Zeit für die Seminarleiter einzugreifen. Und natürlich, es fand sich was: die Kollegin hatte nicht alle Unterrichtsstunden schriftlich vorbereitet und hatte nicht immer die volle Stundenzahl von 12 Stunden an der Schule erreicht, z.B. weil sie auf GEW-Vertrauensleute-Versammlungen gewesen war, was ihr vorgeworfen wurde. Die Kollegin wurde vor die "Alternative" gestellt, sofort die unterrichtsfreie Zeit abubrechen (in der sie ihre Arbeit schrieb), ständig hospitiert zu werden und wöchentlich dem HSL die Unterrichtsvorbereitungen vorzulegen, oder: zurückzugehen. Auch diese Kollegin ging.

Ein Kollege ging freiwillig zurück, weil er in den Lehrproben Vieren gemacht hatte und sich damit keine Einstellungschancen ausrechnete. 5 Kollegen fielen durch die Lehrprobe, 2 weitere hatten diese Klippe schon überstanden, bekamen dann aber noch ein 5 für die schriftliche Arbeit. Von den 7 Kollegen, die durch die Prüfung fielen, gab es drei, die bereits zum 2. Mal die Prüfung machten. Sämtliche durchgefallene Kollegen waren durch Bemerkungen ihrer Seminarleiter praktisch bereits "disqualifiziert". Aus dem reichhaltigen Begründungskatalog der Seminarleiter (den sie fast immer nicht offen, sondern hinter dem Rücken der betreffenden Kollegen bei Telefonaten mit anderen Referendaren etc. einfließen ließen) hier nur einige Beispiele: "X ist zum Lehrer wirklich nicht geeignet," "Y ist ein komischer Kauz, also wie der vor der Klasse stehen soll?!", "Dem würde ich meine Kinder nicht anvertrauen", "Z ist eigentlich ein Fall für den Psychiater".



Die Fünfen in den Arbeiten waren - wie sich denken läßt - "also wirklich bodenlos, da war eine fünf noch gnädig." Besonderen Anteil an dieser "reichen Ausbeute" hatte der GSL Hoch, der insgesamt 8 Kollegen schaffte. Die Behörde wird sich diesen Namen gemerkt haben. Die Referendarkollegen sollten es auch tun! Dies tat er mit Unterstützung der HSL Grüning, die sich - wie aus Lehrprobenbesprechungen bekannt - einige Male als Zensuren-drücker auszeichnete.

HSL Grüning

Die HSL legte dem Seminar gleich zu Beginn des Referendariats einen längerfristig konzipierten Plan vor, und auch im weiteren Verlauf des Referendariats war es jeweils sie, die nach einem beendeten Planungsabschnitt die weitere Seminararbeit bestimmte. Die Themen und deren Reihenfolge deckten sich zum großen Teil mit denen vorhergehender sowie nachfolgender Seminare. Zur Bearbeitung der Themen wurden fast immer Referate vergeben; die Übernahme von Referaten (wie viele, welche Themen, wie fundiert) wurde später in den Abschlußberichten der HSL besonders erwähnt.

Von Anfang an machte die HSL Schwierigkeiten in den Seminarsitzungen außerplanmäßige Themen, die aber für uns Referendare von außerordentlicher Wichtigkeit waren, zu behandeln (etwa die Einstellungssituation im Sommer 75 und die Diskussion um die sich daraus ergebenden notwendigen Maßnahmen). Auch Berichte aus der GEW-Betriebsgruppe des HS versuchte sie jedes Mal, aus "ihren" Sitzungen fernzuhalten; sie zog sich in solchen Situationen immer auf formal-juristische Positionen zurück ("Dies ist eine Dienstveranstaltung und keine Veranstaltung der Gewerkschaft"). Bei



einiger Hartnäckigkeit - d.h., wenn genügend Kollegen bereit waren, die Diskussion von Fragen, die in den Plan der HSL nicht hinein paßten, zu fordern und diese Forderung zu verteidigen, notfalls immer mit denselben Worten - gelang es uns ein paar Mal, Zeit für eine solche Diskussion herauszuholen.

Dies war auch einmal zu Beginn des Referendariats der Fall, als es darum ging, in der Anfangsphase (aus verständlichen Gründen) die Zahl der zu gebenden Unterrichtsstunden herabzusetzen. Nachdem sich die HSL zu Anfang

fürchterlich gesträubt hatte, gab sie doch schließlich nach langer Diskussion ihr Placet zu der Lösung (die übrigens in anderen Seminaren selbstverständlich war), mit wenigstens vier Stunden in der Woche anzufangen, um sich dann langsam auf acht Stunden hochzuarbeiten.

Die HSL begann schon im 1. Semester zu hospitieren. Entgegen allen Versicherungen der Seminarleiter, daß die 1. Phase der Ausbildung bei späteren Beurteilungen nicht ins Gewicht fiel, weil wir uns da ja erst mal ruhig einarbeiten sollten, tauchten dann aber im Abschlußbericht der HSL auf einmal Beurteilungen auf, die sie bei Hospitationsbesprechungen während des 1. Semesters gegeben hatte.

In einigen Fällen kam sie unangekündigt mit dem GSL oder FSL. Sie begründete dies mit ihrem vollen Terminkalender! Insgesamt hospitalisierte die HSL 1 - 3mal, bei den meisten kam sie zweimal. Ihre Besprechungen waren sachlich, und in den meisten Fällen war die HSL um "Hilfestellung" bemüht. In den Besprechungen tauchten jedoch immer wieder bestimmte Punkte auf, auf die sie anscheinend gesteigerten Wert legt. "Schlichtheit im Aufwand" beim Unterrichten (möglichst keinen Overhead-Projektor) wurde von ihr immer gern gesehen - die regelmäßigen Unterrichtserfahrungen, die die HSL am eigenen Leibe gemacht hat, liegen immerhin schon 10 Jahre zurück! Eine besonders hervorzuhebende Rolle spielt in ihrer Vorstellung die Tafelkreide: wer es versteht, mit farbiger Kreide zu hantieren, der ist schon auf dem richtigen Weg.

Wie sich bei uns später herausstellte, sind die Hospitationen der HSL von entscheidender Bedeutung für die Vorzensur. Sie verstand es hervorragend, aus den vorliegenden Berichten der Mentoren und der Seminarleiter für ihren Abschlußbericht diejenigen Sachverhalte herauszuheben, die in ihr Bild des entsprechenden Referendars paßten. Bei einigen hatte das positive Auswirkungen, bei anderen jedoch negative. Daraus ist die Konsequenz zu ziehen, daß die Hospitationen bei der HSL auf jeden Fall "laufen" müssen, um später günstige Voraussetzungen für eine gute Vorzensur zu haben.

Abschließend ist noch wichtig zu erwähnen, daß die HSL vor Abfertigung unserer schriftl. Arbeiten starke Worte fand hinsichtlich der Seitenzahl, die sie durchzulesen imstande war (30 Seiten sollten es möglichst sein, über 40 Seiten würde sie nicht annehmen). Dieser Forderung kann man aus der Sicht von uns Referendaren auch zunächst nur zustimmen; es zeigte sich jedoch später, daß Arbeiten mit z.T. über 70 Seiten mit 1 beurteilt wurden, während Kollegen, die sich redlich bemühten, ihren Unterrichtsversuch auf 30 Seiten darzustellen, nachher schlechter abschnitten. Die HSL mußte übrigens ganze 3 Arbeiten als Gutachter beurteilen.

GSL Jensen

Der GSL übernahm im August 74 zum ersten Mal ein GS, nachdem er vorher als FSL für Deutsch tätig war. Er zeigt sich von Anfang an kulant und zuvorkommend, wodurch er seine Unsicherheit zu verdecken versuchte. Viele Kollegen atmeten erleichtert auf: "Das hätte ja viel schlimmer kommen können." So setzte man sich zur Ruhe und verpaßte die Gelegenheit,

weitgehend die Seminarinhalte zu bestimmen. diese Möglichkeit war dadurch gegeben, daß der GSL keine ausgeprägten Vorstellungen vorlegte.

Es zeigte sich im Verlauf des Seminars, daß der GSL zwar bemüht war, vorgeschlagene Themen zu behandeln, jedoch verliefen die Sitzungen fast durchweg unbefriedigend und langweilig: Der GSL legte ein Diskussionspapier vor, das Arbeitsstoff für maximal eine Sitzung geliefert hätte - aufgrund der Lethargie der Kollegen erhielt er aber die Möglichkeit, die "Diskussion" auf drei volle Sitzungen auszudehnen. Die meisten Kollegen ruhten sich während der Sitzungen aus, während zwei bis vier Kollegen ein Gespräch mit dem GSL führten.

Um die Seminarsitzungen für die Referendare ergiebiger zu gestalten, ist es notwendig, detaillierte Vorschläge zu machen und den GSL zu mehr Vorarbeiten heranzuziehen. Es kann nicht im Interesse der Referendare liegen, die Seminarsitzungen zu verschlafen, wo die Möglichkeit besteht, sie in ihrem Sinne zu nutzen! Der GSL steht Gruppenarbeit positiv gegenüber und räumt auf Verlangen danach GS-Zeit dafür ein. Der GSL hospitierte durchschnittlich ca. 7 Stunden während der gesamten Referendarzeit.

Die ausführlichen Besprechungen ergaben z.T. gute Anregungen, zeigten jedoch den Mangel, daß die Kollegen sich oftmals unsicher waren, ob die Stunde in den Aussagen des GSL eigentlich "gut" oder "Schlecht" gelaufen war. Um selbst Klarheit über die Einschätzung des GSL zu erhalten, ist es notwendig, die Beurteilung anzusprechen, ab dem 2. Semester auch eine Zensur zu verlangen. In einigen Fällen zeigte sich nämlich trotz "positiver" Besprechung eine schlechtere Einschätzung als erwartet.

In Anwesenheit der HSL oder FSL ließ sich ein geringes Durchsetzungsvermögen des GSL feststellen. Fast immer schloß er sich der vorhergehenden Äußerung eines anderen SL voll an.

Für die Hospitationsstunden wurden ausgefeilte Langvorbereitungen gefordert. Es wurde überhaupt eine schriftliche Vorbereitung für jede erteilte Stunde verlangt (sechs sog. Kurz-, zwei sog. Langvorbereitungen). Diese mußten am Tag der Lehrproben der Prüfungskommission vorliegen! Der Schulrat blätterte während der Lehrproben darin!

Diese Anforderungen wurden in anderen Seminaren nicht gestellt. Es ist notwendig, sich gegenseitig darüber zu informieren, und diese Mehrbelastung mit Hinweis auf andere Seminare abzulehnen. Unbedingt notwendig ist es auch, Hospitationsstunden gemeinsam vorzubereiten und sich gegenseitig zu hospitieren. Die Anwesenheit eines Referendarkollegen bei Hospitation und Besprechung gewährleistet, daß keiner individuell fertiggemacht werden kann und sichert die Kommunikation über das Verhalten des SL unter den Referendaren ab. Nur so kann verhindert werden, daß Kollegen isoliert werden und "plötzlich", wie in unserem Seminar passiert, Lehrproben mit 5 beurteilt bekommen. Wenn ihr regelmäßig bei einem Kollegen hospitiert habt, habt ihr auch die Möglichkeit, bei den Lehrproben anwesend zu sein - diese Möglichkeit müßt ihr in Anspruch nehmen!

Bei drei Kollegen aus unserem Seminar war kein Referendar in den Lehrproben anwesend. So etwas darf einfach nicht passieren.

Der GSL ist bemüht, sein Seminar so weit wie möglich "Konfliktfrei" zu halten. So konnte es passieren, daß die Information, daß ein Kollege schon nach den ersten fünf Monaten gehen sollte, nicht in die Seminardiskussion vordrang. Wir erfuhren davon erst, als dieser Kollege nicht mehr zu den Sitzungen erschien.

Wenn ihr den GSL nicht unter Druck setzt, wenn ihr die Informationen nicht untereinander verbreitet - er wird sie euch nicht von sich aus geben.

Fazit: Es läßt sich mit dem GSL zwar auskommen (man kann ihn für unsere Zwecke einspannen), aber selbständiger Einsatz für "seine" Referendare ist in keiner Weise zu erwarten.

GSL Hoch

Grundlegende Einsichten in die Denkweise unseres GSL wurden bereits in der ersten Sitzung deutlich, in der die Seminarteilnehmer im Physikraum des IFL zwecks Vorbereitung für eine Sachkundeeinheit mit einigen physikalischen Experimenten beschäftigt wurden. Da kein FS-Physik o.ä. vertreten war, war das Interesse zum Gegenstand relativ gering zumal sich die meisten Referendare fachlich überfordert sahen. Auf die Frage eines Kollegen, ob die Seminarteilnehmer auch in der folgenden Zeit unabhängig von ihren Neigungen und Fähigkeiten Themen vorgesetzt bekommen, oder ob für sie ein gewisses Mitspracherecht vorgesehen sei, erhielt das Seminar vom GSL die Antwort: "Würden Sie in einer 3. Klasse darüber diskutieren lassen, was Sie im Unterricht durchführen wollen? Sie (die Referendare) können doch nicht über etwas diskutieren, von dem Sie keine Ahnung haben!"



Mit dem letzten Satz wurde auch die gestellte Forderung nach Hospitationen des Seminars beim GSL ablehnend begründet und auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Zwei Versuche des GSL, Monate später vor weniger Referendaren (nicht das ganze GS!) eine Unterrichtsstunde vorzuführen, endeten dann auch mit zwei peinlichen "Bauchlandungen". Aufgrund dieser Fehlversuche (= schlechte Stunden) wurden weitere Hospitationen beim GSL von diesem abgesetzt. Während der Hospitationsstunden bei uns Referendaren zeigte der GSL Verhaltensweisen, wie man sie sonst von undisziplinierten Schülern kennt. Der GSL sprach während des

Unterrichts sehr häufig mit Schülern und forderte z.T. im Flüsterton Schüler auf, bestimmte Fragen an den unterrichtenden Referendar zu stellen. Außerdem sörte er den Unterrichtsverlauf durch permanentes Reden mit dem Mentor. Eine weitere, von ihm sehr geliebte Variante besteht in seinem ungeheuren "Ideenreichtum". Er hat eine Idee und greift mit dieser spontan in den Unterricht ein, wobei häufig die Konzeption der betreffenden Stunde völlig außer Acht gelassen wird. In einigen Extremfällen wurde sogar dem Referendar der Unterricht aus der Hand genommen und vom GSL zu Ende geführt.

Der Verlauf der Hospitationsbesprechungen mit dem GSL ist stark von der Person abhängig. So war eine kleine Minderheit von Referendaren mit den Besprechungen durchaus zufrieden und bezeichnet diese als sachbezogen. Für die Mehrzahl der Besprechungen lassen sich jedoch folgende Charakteristika aufzählen. "Ich weiß gar nicht, warum Sie sich verteidigen!" ist ein Satz, der in diesem Zusammenhang häufig fiel. Immer merkte man an den Äußerungen des GSL, daß er die Argumentation der Referendare gar nicht gedanklich verfolgte.

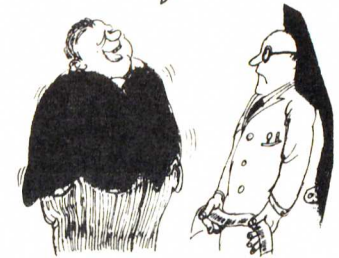
Die Hospitationsstunden wurden nicht an schwachen Stellen verändert, sondern es wurde eine Idee des GSL aufgegriffen. Die GSL' Aufforderung: "SO? JETZT MACHEN WIR MAL'NE NEUE STUNDE" führte im Ergebnis immer wieder zu Stunden, die selbst von der Zielsetzung nicht einmal mehr mit der Hospi-Stunde auch nur annähernd vergleichbar war. Eine sachbezogene Kritik an bestimmten Stellen mit Alternativvorschlägen für bestimmte, "nicht geglückte" Phasen des Unterrichts erscheint uns wesentlich sinnvoller, als die Konzipierung völlig neuer Stundenentwürfe, die dann sowieso in den seltensten Fällen realisierbar sind. Im übrigen versteht es der GSL Hoch überaus geschickt, die Referendare gegeneinander auszuspielen. So gehört es zu seinen Gewohnheiten, gerade in Einzelgesprächen nach Hospitationen über dritte, abwesende Referendare Informationen zu "verteilen", die nur den Zweck haben können, die Kollegen zu verunsichern. Dies ist ein ganz mieser Stil! Tauscht die Informationen über Eure Kollegen, die Euch der GSL gibt, untereinander aus und stellt ihn zur Rede.

Die Gutachten des GSL wurden uns von diesem vorgelegt. Dabei war ein großer Teil der Referendare äußerst unzufrieden über die Art der Darstellung und vor allem die Gewichtung der einzelnen Punkte. So wurde in mehreren Berichten in 3/4 der Gesamtlänge dargestellt, welche Fehler und Schwächen dem Kollegen zu Beginn des Referendariats unterlaufen waren, während positive Dinge nur äußerst kurz beschrieben und dann in einem Nachsatz gleich wieder relativiert wurden. In wenigen Fällen, bei denen die Formulierung das nötige Maß an Objektivität weit überschritt, ließ sich der GSL auf Drängen der Seminarteilnehmer darauf ein, Formulierungen zu ändern. Mit welcher Naivität (wir wollen keine Böswilligkeit unterstellen) der GSL an die Erstellung von Gutachten geht, zeigt ein Fall, der sich in unserem Gs ereignete. Ein Kollege hatte kurz vor seiner mündlichen Prüfung eine Vorladung zum Personalärztlichen Dienst bekommen. Da die Mehrzahl der anderen Referendare eine solche Vorladung nicht bekommen hatten, erkundigte sich unser Kollege an Ort und Stelle nach dem Grund.

Es wurde ihm mitgeteilt, daß überprüft werden solle, ob das Asthma, an dem der betreffende Referendar in seiner Kindheit aufgrund einer Allergie gelitten hatte, noch negative Auswirkungen auf seinen derzeitigen Gesundheitszustand ausübe. Nach den Routine- und Spezialuntersuchungen wurde dem Referendar von einer Ärztin eröffnet, daß dort noch ein Gutachten vorläge, in dem seine psychische Belastungsfähigkeit zumindest in Zweifel gestellt werde. Unser Kollege stellte durch einen Blick auf dieses Gutachten fest, daß es von seinem GSL Hoch unterzeichnet war und äußerte sich der Ärztin gegenüber sehr empört, da er diese Beurteilung als blanke Verleumdung ansah.

Zur Klärung der Angelegenheit wurde unser Kollege einem Arzt zugeführt, und zwar dem Psychiater des Personalärztlichen Dienstes!

Und ich sage Ihnen nochmals, der Kollege ist ein Fall für den Psychiater



Zwar wurden hier sämtliche Zweifel an der Belastbarkeit als purer Unsinn deklariert, dennoch ließ der Kollege die Sache nicht auf sich beruhen. Er brachte die Angelegenheit im GS und HS zur Sprache und stellte dem GSL, also den Verfasser des 'Gutachtens' zur Rede. Die Reaktion von Seiten der Seminarleitung war bezeichnend. Es wurde beteuert, daß derartige Konsequenzen nicht beabsichtigt waren. Da sich unser Kollege jedoch mit derartigen Beteuerungen nicht abweisen ließ und drohte, für den Fall etwaiger nachteiliger Folgen Rechtsanwälte in Anspruch zu nehmen, kam es zu emsigen Aktivitäten. Mit Hilfe von Herrn Ohst gelang es der Seminarleitung, das betreffende Gutachten aus den Akten des Personalärztlichen Dienstes wiederzubekommen. Es wurde dann vor den Augen der Seminarteilnehmer vom GSL Hoch vernichtet. Ihr seht, Hartnäckigkeit lohnt!! Bringt derartige Fälle auf jeden Fall in den Seminaren zur Sprache. Für die Seminararbeit ist folgendes festzuhalten:

Die Themen in den einzelnen Seminarsitzungen zeichneten sich überwiegend durch fehlende Anwendungsmöglichkeiten aus. Eine Reihe wichtiger Themen wie z.B. Leistungsmessung, Testformen, Differenzierung, Lernstörungen, die auch zu den verbindlichen Themen für die Arbeit der Gruppenseminare gehören, wurden überhaupt nicht behandelt. Die Behandlung des Themas "Disziplinschwierigkeiten" wurde erst nach wochenlangem Drängen der Seminarteilnehmer in die Tagesordnung aufgenommen. Stattdessen hielten wir uns - wie schon andere Referendare in vorausgegangenen Hoch-Seminaren - ca. zwei Monate an einer Erdkundeunterrichtseinheit über Südamerika auf. Endlose Auseinandersetzungen

zungen mit dem GSL über die didaktische Analyse zu dieser Unterrichtseinheit nahmen viel Zeit in Anspruch, so daß die Planung der UE trotz riesigen Zeitaufwandes nie ein Stadium erreichte, das es den Seminarteilnehmern ermöglicht hätte, auch nur eine einzige Stunde zu unterrichten.

Überhaupt machte der GSL Hoch von Seminar zu Seminar einen immer unvorbereiteteren Eindruck. Bereits Mitte des 2. Semesters begann GSL Hoch damit, seine Seminarsitzungen dadurch zu bestreiten, daß er Stundenentwürfe bzw. Themen zu Beginn in das Seminar eingab, und sich mit dem Satz: "Machen Sie da mal 'ne Stunde draus!" dann meist über eine Stunde aus dem Staube machte. Ein solches Vorgehen kennzeichnete die Seminararbeit über Monate!

Überhaupt manifestiert sich in der Person des GSL ein immenser Widerspruch zwischen Anspruch an die Referendare und eigenem Verhalten. So wurden Wünsche der Seminarteilnehmer in Bezug auf sinnvolle Verteilung der Arbeitsbelastung oft abgelehnt, während der GSL Hoch es sich nicht nehmen ließ, aus nur ihm bekannten Gründen mal eine Sitzung ausfallen zu lassen.

Im letzten Monat unserer Ausbildung ließ der GSL Hoch, diesmal mit Zustimmung der HSL seine Seminare sogar völlig ausfallen. Er sehe keinen Sinn mehr in den Veranstaltungen. Seine körperliche Anwesenheit demonstrierte er dann allerdings auf den letzten HS-Sitzungen. So ließ er es sich nicht nehmen, beim allerletzten Treffen des HS einen Kollegen aufzufordern: "Bestellen Sie den anderen Kollegen einen schönen Gruß, ich hätte noch nie so Scheiß-Leute in meinem Seminar gehabt!" Die Kollegen bedanken sich für den Gruß, Herr Hoch. Wir nehmen das nicht in die Hand, was Sie in den Mund nehmen!



GSL Hoch

FSL Simon

Frau Simon versuchte zumindest im 1. Semester mit sehr viel Schwung und Arbeitsintensität das FS Deutsch zu gestalten. So wird auch ihre fachliche Qualifikation an keiner Stelle in Frage gestellt. Anzumerken wäre lediglich, daß Unterstufenreferendare weitaus mehr von den Inhalten (Märchen, Bilderbücher etc.) zu profitieren vermochten als Oberstufenreferendare (im FS Deutsch blieben von 7 Oberstufnern nur 3 übrig). Zeigte sich die FSL im 1. Semester immer gut auf die Sitzungen vorbereitet, so ist für das letzte Semester festzustellen, daß sie sich oftmals mit Besprechungen von Lehrprobenstunden "rettete". Da sich aber aus dem Seminar fruchtbare, praxisbezogene Anregungen für den Unterricht

ergaben, ist nicht die fachliche Seite der Ausbildung zu verurteilen, sondern die damit eng verbundene menschliche Führung im FS Deutsch. Die sehr stark emotional ausgerichtete Seminarleiterin ist nicht immer in der Lage, den angemessenen Ton zwischen sich und den Referendaren herzustellen. Innerhalb kurzer Zeit wechselte sie von kameradschaftlichen zu persönlich verletzenden Äußerungen, je nach Stimmung. Diese Stimmungswechsel haben sicherlich häufig ihren Ursprung im Verhältnis der Seminarleiterin zu ihren Kollegen. So regte Frau Simon die Referendare dazu an, persönliche Probleme mit ihr zu besprechen. Ohne Wissen der Betroffenen trug sie die Informationen jedoch z.T. an GSL Hoch weiter; in manchen Fällen entstanden den Kollegen durch dieses "Getratsche" erhebliche Nachteile. Dem nächsten Durchgang gegenüber sei nur erwähnt, daß es sich aus unserer Sicht empfiehlt, stets Distanz zu wahren und das Fachliche eindeutig von Privatem wie Plauderei, gemütlich etwas trinken etc. zu trennen. Ihr dürft auf keinen Fall hinter dem Rücken von Referendarkollegen über deren Angelegenheiten mit der FSL reden. Die Berichte faßte Frau Simon durchweg sehr fair ab.

FSL Arnold

Frau Arnold gibt sich im Seminar nett und freundlich. Die Hospitationsbesprechungen verlaufen in einer durchaus positiven Grundstimmung, sind allerdings sehr oberflächlich. Die Beurteilung durch Noten entspricht nicht den verbalen Beurteilungen, konkret: die Zensuren fallen schlechter aus als erwartet. Für die Seminararbeit läßt sich ein krasses Mißverhältnis zwischen Zeitaufwand und Ertrag feststellen. Die Inhalte waren überwiegend auf Unterstufenunterricht ausgerichtet und blieben bruchstückhaft, da keine UE oder übergreifende Themen behandelt wurden. Zumindest für die Kollegen aus der Oberstufe erschien das Seminar als recht konzeptionslos.

HS 74/XV
(mit Ausnahme
von 2 Kollegen)



HS Debarry

Kürzlich erzählte mir eine Referendarin: Auf einer Sitzung mit Frau Konrad (Schulrätin und Prüfungsvorsitzende) brachten die Referendare gemeinsam folgende Forderungen ein:

- ein Referendar solle bei der Lehrprobe und dem anschließenden Prüfungsgespräch zuhören können, was bisher möglich war und bei der momentanen miserablen Aussicht auf Anstellung als Lehrer besonders wichtig ist
- die Noten der schriftlichen Arbeit sollten eine Woche vor dem mündlichen Termin bekanntgegeben werden, um die nervliche Belastung zu senken und bei einer schlechten Arbeit unnötige Arbeit zu sparen und um zu verhindern, daß z.B. bei einer 5 den Kandidaten 5 Minuten vor ihrer Prüfung gesagt wird, sie seien durchgefallen und könnten nachhause gehen
- eine Begründung aller Noten.



Frau Konrad berief sich auf ihre 'langjährige Erfahrung' und versuchte, den Referendaren weiszumachen, Zuhörer seien doch nur zu deren Nachteil, da die Anwesenheit Fremder die Nervosität nur unnötig steigere; als die Referendare meinten, das könnten sie doch am besten selbst entscheiden und es sei wichtig für sie, daß jemand zuhört, der in der gleichen schwierigen Lage ist wie sie selbst, mit dem sie hinterher sprechen können, heuchelte Frau Konrad: "Als Vertrauensperson haben Sie doch uns!" (d.h. gerade die Prüfer, gegen deren Willkür der Zuhörende ein Schutz sein soll!). Außerdem, meinte Frau Konrad, könnte das Prinzip der Verschwiegenheit, das der oberste Grundsatz eines jeden Beamten sein sollte, verletzt werden ... und das zeigte deutlich, wovor sie eigentlich Angst hatte: zu zweit können sich die Referendare viel besser wehren bei Übergriffen und Willkür der Prüfer (die häufig vorkommen), indem sie z.B. so etwas veröffentlichen und den anderen Referendaren bzw. ihren Kollegen an der Schule, den Schülern und deren Eltern bekanntgeben.

Die zweite Forderung lehnte Frau Konrad aus fadenscheinigen Termingründen ab, nicht jedoch ohne darauf zu verweisen, daß man ja gar nicht genug lernen könnte und die Referendare doch 'für das Leben' lernten und nicht für die Prüfung ...

Eine Begründung der Noten sei aus 'technischen Gründen' nicht möglich, denn "Wer soll das alles denn tippen?"!

Bei jeder Wortmeldung erkundigte sich Frau Konrad genau nach dem Namen des Sprechers und 'beruhigte' die Referendare mit der Versicherung, daß sie sich keinen merken würde und keiner einen Nachteil davon haben sollte, was die Referendare ihr jedoch nicht glaubten

Am Ende dieser Besprechung herrschte große Wut unter den Referendaren; da sie jedoch alle in kurzer Zeit Examen machen und deshalb unter großem Druck stehen, kamen keine Aktionen zustande.



SOLCHE LEHRER
WOLLEN WIR NICHT
WERDEN!

hatte, habe ich dieser den gut ausgefallenen Bericht einmal gezeigt. Daraufhin wurde diesem Anleiter von der späteren Zweitgutachterin meiner Arbeit, die auch ein Hauptseminar führt, nahegelegt, keine Referendare aus ihrem Seminar zur Ausbildung zu übernehmen. Mein Fachseminarleiter in Spanisch sagte mir, daß die bloße Verwendung dieses Anleiterberichts in Seminarleiterkreisen viel "böses Blut" gegeben habe.

Ich möchte noch eine Sache mitteilen: Nachdem meine Referendariatsgruppe ein Jahr lang statt in 14-tägigem in wöchentlichem Turnus am FS Spanisch teilgenommen hatte,

wurden wir für das Examensemester von der Teilnahme befreit. Bei Beginn des Wiederholungssemesters versicherte mir der FS-Leiter, daß es genüge, wenn ich mich vor der Prüfung einmal sehen ließe. Als ich deshalb Schwierigkeiten bekommen sollte, teilte mir mein Fachseminarleiter mit, daß er die Sache auf seine Kappe nehmen wolle. Diese Zusage hielt er in der Abschlußbesprechung nicht. Sie standen wie eine Mauer gegen mich. Ich bin der Meinung, daß derartige Vorkommnisse allen Referendaren zur Kenntnis gebracht werden sollten, um dazu beizutragen, anderen Referendaren ähnliche Erlebnisse zu ersparen.



Verfassungsschutz bestimmt über Einstellung

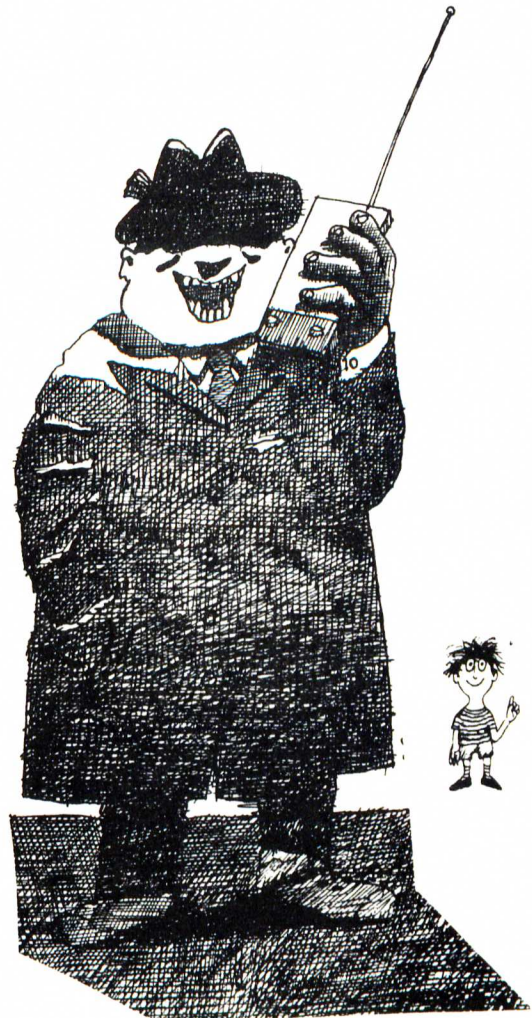
Im November 1975 hat sich ein Kollege nach bestandenen Examen für die Übernahme ins Referendariat für Handelslehrer beworben. Während die Kollegen ihre Einstellungsbescheide kurz vor dem Einstellungstermin zugestellt bekamen, erhielt er schriftlich keine Nachricht.

Am Telefon wurde ihm von einem Personalsachbearbeiter mitgeteilt, daß er noch nicht zum 1.2.76 eingestellt werden könne, da der Verfassungsschutz für ihn noch kein grünes Licht gegeben habe. Nachdem dem Kollegen auch schriftlich mitgeteilt worden war, daß er nicht zum 1.2. eingestellt werden könne, beantragte er beim Arbeitsgericht auf dem Wege der 'Einstweiligen Verfügung' die sofortige Einstellung in das Referendariat.

Am 10.2. wurde ihm mitgeteilt, daß er eingestellt werden würde, da das Landesamt für Verfassungsschutz nunmehr keine Bedenken gegen die Einstellung in den Vorbereitungsdienst mehr habe.

Damit wird klar, daß der Verfassungsschutz über die Einstellung von Referendaren direkt entscheidet.

Der Fall kann als Beweis gelten, daß sich die Einstellungsbehörden ihren Dreck darum kümmern, daß nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil die Einstellungsbehörden sich Informationen vom Verfassungsschutz nicht einholen sollten. Das Gegenteil wird hier deutlich: das Landesamt für Verfassungsschutz ist offensichtlich eine Mitbestimmungsbehörde bei der Einstellung von Referendaren.



Bericht eines Referendars

(H/L) der das 2. Staatsexamen zum zweiten Mal nicht bestanden hat

Frage: Man hat Dir zum zweiten Mal die Befähigung zum Unterrichten abgesprochen. Wie stehst Du dazu?

Antwort: Ich halte diese Bewertung für falsch. Mehrere Schüler haben mir ausdrücklich gesagt, daß sie meinen Unterricht gut finden. Zwei Schülergruppen wollten sich nach Abschluß des Referendariats noch einmal treffen.

Eine dritte Gruppe von Schülern hat nach Aussagen des Fachlehrers mit großer Mehrheit dafür gestimmt, nach einer fachbedingten Unterbrechung wieder von mir unterrichtet zu werden.

Auch haben sich alle Anleiter bis auf eine Ausnahme zufrieden über meinen Unterricht geäußert.

Frage: Worin siehst Du die Ursachen der schlechten Bewertung?

Antwort: Beim ersten Anlauf für das 2. Staatsexamen wurde meine schriftliche Arbeit mit 5 bewertet. Die Note des Erstgutachters war 4, die das zweiten 5. Die Bewährung im Schulvorbereitungsdienst wurde mit 4 zensiert, trotz Zweien im ersten Semester und - nach Angabe des Schulleiters, zweier dreien in den übrigen Semestern.



Ich habe mir zwei Gutachten über meine Spanischarbeiten von der Uni anfertigen lassen. Ein Spanier, der promovierter Pädagoge und Spanisch-Professor in Bremen ist, sowie ein Professor der HH-Uni haben bestätigt, daß eine 5 für die Arbeit nicht zu rechtfertigen sei.

Ich habe gegen die Bewertung meiner ersten Arbeit Widerspruch eingelegt und bin gleichzeitig in die Verlängerung gegangen. Auf Anraten des Vorsitzenden des Widerspruchsausschusses der Schulbehörde habe ich die Verfolgung des Widerspruchs bis zum Abschluß der Wiederholungsprüfung zurückgestellt, um nicht einer Doppelbelastung ausgesetzt zu sein.

Beim 2. Anlauf für das 2. Examen wurden meine Arbeit und die Bewährungszeit mit 5 bewertet. Die Anleiterberichte habe ich bis auf einen nicht kennengelernt. Von den Anleitern in Spanisch und von zwei Anleiter in Politik wurde mir gegenüber mein Unterricht als zufriedenstellend bezeichnet. Eine Anleiterin äußerte, nachdem sie mir keine Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben hatte, auf mein dringendes Befragen: "Da steht nicht viel Gutes drin!"

Diese Anleiterin hat vorher aus unterrichtsfremden Gründen Aggressionen mir gegenüber geäußert. Sie unterstellte mir entgegen der Wahrheit, daß ich ihr und gleichzeitig einer anderen Kollegin versprochen hätte, an einer Klassenreise teilzunehmen. Seither waren die Beziehungen zwischen ihr und mir äußerst gespannt.

Nach meiner Überzeugung und auch der von zwei Lehrern, die ein sehr gutes 2. Staatsexamen abgelegt haben, ist diese Arbeit niemals 5. Ich werde Gutachten einholen und Widerspruch einlegen.

Ich habe mittlerweile erfahren, daß ein Kriterium für die Ausstellung der Zensur 5 "intellektuelle Mängel" sein soll.

Frage: Wann begannen Deine Schwierigkeiten im Referendariat?

Antwort: Nach dem 1. Semester erfolgte in Bezug auf meinen Spanisch-Unterricht der Anruf eines Vaters bei der Schulleitung. Er beklagte sich über Einseitigkeit und über Auswahl zu schwieriger Texte. Den Einsatz der Texte hatte ich mit meiner Anleiterin abgesprochen. Die Lieder waren Lieder des chilenischen Widerstands. Oft hat man mir gegenüber keine Vorwürfe erhoben. Aber seither häufen sich die Schwierigkeiten. Z.B. wurde mir von meiner Anleiterin der Abbruch dieser Unterrichtseinheit, die Grundlage für meinen Unterrichtsversuch werden sollte, nahegelegt. Unter diesen Umständen brach ich ihn auch ab. Später wurde mir dies zur Last gelegt mit der Begründung, ich hätte den Unterrichtsversuch in Ruhe zuende führen können.

Frage: Du hast vor, Deine Erfahrungen im Referendariat insgesamt zu veröffentlichen. An welche Schwierigkeiten erinnerst Du Dich besonders?

Antwort: Ein Anleiter hatte mir seinen Bericht über mich zur Stellungnahme gegeben. Bei einer Kontroverse über meinen Unterricht, den ich mit einer anderen Anleiterin

"...Im Rahmen der finanziellen und organisatorischen Möglichkeiten..."

Neuer Schulgesetzentwurf
für Hamburg



Gleich zu Beginn der Ausbildung im Studienseminar wird man von einer Unmenge behördlichen Papierkrams überschüttet: 'Unfallvorschriften', 'Vorschriften zu Hausaufgaben' usw. Unter diesen Papieren befindet sich das Blatt "Bl1-Schulgesetz", das die 'Aufgaben und den Aufbau der Allgemeinbildenden Schulen' für Hamburg festlegt.

Dieses Schulgesetz dürfte allerdings nicht mehr von langer Gültigkeit sein, denn der Hamburger Senat hat ein neues Schulgesetz in der Hinterhand. Dieser neue 'Reform'-Entwurf unterscheidet sich vom bisherigen Schulgesetz dadurch, daß - wie beim Schulverfassungsgesetz - auf Kosten der Schüler und Eltern 'reformiert' wird: Zulassungsbeschränkungen an den weiterführenden Schulen, Einschränkung der Lehrmittelfreiheit, Disziplinierung wird gesetzlich festgeschrieben.

Wegen der weitreichenden Bedeutung dieses 'Reform'-Entwurfes (auch für uns Referendare) sollen hier kurz die wichtigsten Stellen von altem und neuem Schulgesetz gegenübergestellt werden:

Zulassungsbeschränkungen:

Im Schulgesetz heißt es in §3(1): "Die Schulpflicht wird durch den Besuch der allgemeinbildenden Schulen, der Berufsschulen und der Berufsfachschulen erfüllt." Dagegen im Entwurf (§31(1)): "Die Zulassung nicht mehr vollzeitschulpflichtiger Schüler zum Besuch bestimmter Schulformen oder Schulen kann beschränkt werden, wenn deren Kapazität erschöpft ist." Dieser NC bezieht sich (zunächst?) auf Fachschulen und Berufsfachschulen. Allerdings wird aber auch an den Gymnasien durch Prüfungs- und Notenterror gerade in der 10. Klasse eine scharfe Auslese getroffen.

Vollschulpflicht:

Heißt es im Schulgesetz noch "Die Vollschulpflicht dauert neun Jahre. Ein zehntes Vollschuljahr ist anzustreben." (§6(2)), heißt es im neuen Entwurf in §23 nur noch schlicht "Die Vollzeit-schulpflicht dauert neun Schulbesuchsjahre." - von einem (angestrebten) zehnten Schuljahr keine Rede mehr!!

Abschaffung der 'kleinen' Lehrmittelfreiheit:

Wird nach dem Schulgesetz allen schulpflichtigen Schülern "unentgeltlich die notwendigen Lehr- und Lernmittel" zur Verfügung gestellt (§7), wird dieser Passus im Entwurf erweitert um den Satz "mit Ausnahme der Lernmittel von geringem Wert" (§21).

— ANZEIGE —

Die Buchhandlung mit dem himmlischen Namen

Bücher über Bücher.

10 000 Titel aus folgenden Gebieten:

Jura
Wirtschaftswissenschaften
Soziologie
Pädagogik
Psychologie
Politische Wissenschaften
Belletristik
Poster

Buchhandlung an der Universität

werner

2000 Hamburg 13
Moorweidenstr. 22-24
Telefon 45 25 54/55

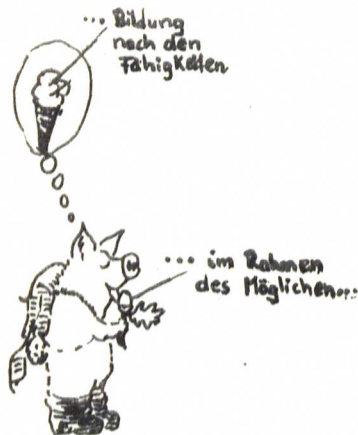
engel

Disziplinierung von Eltern und Schülern

Der dickste Hammer! War im Schulgesetz als 'Straftat' nur vorgesehen, wenn man "sich oder einen anderen vorsätzlich und hartnäckig der Schulpflicht dauernd oder wiederholt entzieht" (§32), so ist jetzt eine ganze Latte von Ordnungsmaßnahmen vorgesehen, von schriftlichem Verweis über Ausschluß vom Unterricht bis zu 30 Tagen(!) bis hin zur Abschulung, d.h. dem Ausschluß von allen Schulen derselben Schulform. Und die Begründungen für das Abschulen reichen von "unentschuldigtem vorzeitigem Verlassen des Unterrichts" bis zur "wiederholten und unentschuldigten Abwesenheit bei Klassenarbeiten", sodaß die Beurteilung der schriftlichen Arbeiten nicht möglich sei. Weiter ist an diesem Disziplinierungsparagraphen 32 des Entwurfs bemerkenswert, daß Eltern und Schüler so gut wie keinen Einfluß auf diese Entscheidungen haben.

Schon diese wichtigsten Änderungen zum bisherigen Schulgesetz zeigen, daß der Senat in seinem Entwurf systematisch Sparmaßnahmen und Disziplinierungspolitik absichert; dieser Entwurf stellt einen Schritt dar, eine repressive, autoritäre Erziehung gegenüber den Schülern abzusichern und so besser den demokratischen Widerstand von Schülern und Eltern zu unterdrücken.

Und der Senat ist so offen, der Phrase "Alle Schüler haben das gleiche Recht, sich nach ihren Fähigkeiten zu bilden." (§20)



auch die Wirklichkeit entgegenzustellen. So heißt es in §21: "Das Schulwesen soll im Rahmen der finanziellen und organisatorischen Möglichkeiten(!) der Freien und Hansestadt Hamburg so gestaltet werden, daß alle Schüler ihr Recht auf Bildung verwirklichen können." Tja, und da die 'finanziellen und organisatorischen Möglichkeiten' heute arg beschränkt sind, wie uns Politiker aller bürgerlichen Parteien nicht müde werden zu versichern, werden Lehrer nicht eingestellt, Schulen geschlossen, Lernmittel-

freiheit gestrichen...und...usw.

Wir als Referendare sollten uns in unseren Seminaren, in Arbeitsgruppen und auch in den Betriebsgruppen mit diesem 'Meilenstein sozialdemokratischer Reformpolitik' auseinandersetzen. Als Material empfehlen wir den Text des Entwurfs, der unseres Wissens nur in den 'Informationen 13' der Hamburger Aktionsseinheit zu erhalten ist; - der Senat hat es bisher wohlweislich unterlassen, das Schulgesetz breiter zu publizieren!

P.S.: Vergesst nicht, in dieser Frage die wenigen liberalen und (die vielen) pseudo-liberalen Seminarleiter abzutesten. Da wird schnell deutlich, ob sie sich zumindest verbal - für die Schüler und Eltern einsetzen, oder voll zu Bütteln der Behörde zu rechnen sind!!

*

Heimchen am Herd

Darstellung der Frau in den Lesebüchern des 5. oder 6. Schuljahrs

Täglich rieseln auf die Schüler - und nicht nur auf diese - aus der Werbung, Spielfilmen u.ä. frauenfeindliche Klischeevorstellungen nieder. Wen wundert es da, daß sich auch die Schulbücher dieser allgemeinen Richtung anschließen.

In den Büchern des 5. und 6. Schuljahres wimmelt es nur so von reaktionären Rollenklischees: Die Frau als aufopferungsvolles, selbstloses "Mütterlein"; der Mann als Held, den es "hinaus ins feindliche Leben" drängt.

Aufschlußreich ist die Liste von angeblich typisch weiblichen Eigenschaften, wie sie in der angegebenen Reihenfolge in den Schulbüchern auftreten:

1. Mütterlichkeit
2. Freundlichkeit
3. Opferbereitschaft
4. Verständnis
5. Klugheit
6. Fleiß
7. Dankbarkeit
8. Bescheidenheit
9. Tierliebe
10. Pflichtbewußtsein

Selbstbewußtsein und Unabhängigkeit, scheinbar ganz perverse Eigenschaften einiger "Mann - Weiber", kommen dementsprechend auch erst an 29. oder 32. Stelle.

In ungefähr 300 Geschichten aus 6 Lesebüchern treten nur 28 Frauen als Hauptpersonen auf, dagegen 274 Männer. Das ist ein Verhältnis von 1:10 !! Menschen, die sich aktiv für ihre Interessen einsetzen und sich nicht mit ihrer Situation abfinden, haben überhaupt keinen Zutritt zu Schulbüchern.

Die Frau gehört laut Lesebuch ins Haus. Wen kümmerts, daß in der BRD an jedem 3. Arbeitsplatz eine Frau steht?

Sollte doch einmal zufällig eine berufstätige Frau in die Geschichte eines Lesebuchs "rutschen", so ist sie natürlich Krankenschwester, Lehrerin, Magd, Bäuerin oder Küchenhilfe, alles 'typische Frauenberufe'.

Aber ich sollte nicht zu einseitig berichten, denn schließlich taucht auch in den 6 untersuchten Lesebüchern eine (1!) Arbeiterin auf. Allerdings ist an ihr weniger interessant, daß sie arbeitet, sondern wichtiger ist, daß sie bei einem Brand in Gefahr gerät und vor Angst nicht "springen" kann. Aber keine Bange, sie wird gerettet: es naht zur rechten Zeit ein Feuerwehrmann!!!

Konflikte, Interessen, Doppelbelastungen, daß kennen die Lesebuchfrauen nicht. In gewisser Weise sind sie auch keine sozialen Wesen. Vielmehr verbringen sie ihre Zeit kochtopfschwenkend, nach allen Seiten Trost spendend, mit einem milden Lächeln.

Man kann sagen, daß das Bild der Frau in den Lesebüchern die gesellschaftliche Wirklichkeit der Frau in der BRD noch in negativer Weise übertrumpft. Damit leistet die Schule ihren Beitrag zur Unterdrückung der Frau.

Kennzeichnend für die Lesebücher ist folgender Satz: "Unten kniete das Volk, die Kinder beteten, die Frauen rangen die Hände, die Männer überlegten ..."

Es wird Zeit, daß auch die Frauen überlegen, damit die Frauenfeinde und Unterdrücker Gründe zum Händeringen haben.

In diesem Sinne sollten wir auf derartige reaktionäre Bücher verzichten. Zu empfehlen sind folgende Bücher:
"Kritisches Lesen", 3 Bände für das 5., 6. und 7. Schuljahr, Diesterweg Verlag, Frankfurt a.M., 1. Auflage 1974
"Sehen, Beurteilen, Handeln" Lese- und Arbeitsbuch zur Soziologie und Gesellschaftslehre, 5./6. Schuljahr, Hirschgraben Verlag, Frankfurt a.M., 2. durchgesehene Auflage 1972.

1) Silbermann, A. Krüger, U., Abseits der Wirklichkeit - Das Frauenbild in deutschen Lesebüchern, Köln 1972, S. 42

5. Gebot

Du sollst nie an Deiner weisens-
gemäßen Bestimmung zweifeln
und bis an Dein Lebensende
Mann und Kind umforgen, auf daß
es ihnen wohlgerhe



Ein Seminarleiterbericht aus dem Jahre 1800 zum Vergleich mit heute

PREISFRAGEN: 1. Was hat sich seit 1800 geändert? 2. Was ist seit 1800 gleich geblieben?
Die besten Antworten werden prämiert!

1. Preis: Caroline Mährz: Das Gold, 3 Bde., Luanda 1976

2. Preis: Wlady Lehmann: Der Pssst als höchstes Stadium des Psssssst, Saigon 1975

„Sonntag den 16. März 1800 verfügte ich mich um 9 Uhr in die Sonntagschule, welche, da jetzt nur drei eigentliche Sonntagschüler sind, mehr eine Übungs- und Repetitionschule genannt zu werden verdient. Ich fand in der ersten Klasse, d. h. in der worin Schrader catechisiert, etwa 16—20 ziemlich erwachsene Knaben und Mädchen, welche von dem kleinen Kramer im Buchstabieren geübt wurden, sie buchstabierten die 10 Gebote. Kr. wußte sich viel Ansehen zu geben und das Geschäft ging mechanisch ziemlich gut; dieß war aber alles. In der 2ten und 3ten Klasse war nichts zu thun, d. h. diese beiden Klassen sind Sonntags vereinigt. In der 4ten Klasse übte der Unterlehrer Rentsch etwa 20 ziemlich große Mädchen im Lesen aus Ewalds biblischer Geschichte. In der 5ten Klasse übte der Seminarist Meyer etwa 40 Knaben im Lesen aus dem Roth- und Hilfsbüchlein. Hier aber hatte ich alle Ursache unzufrieden zu seyn. Fürs erste kam Meyer erst gegen 10 Uhr, bis dahin waren die Knaben sich selbst überlassen und stöhnten auch den Unterricht des Rentsch in der benachbarten Klasse. Während des Unterrichts blieben kleinere Fehler ganz ungerügt, über die größeren wurden die Kinder mit Härte und Unwillen gestraft. Gegen das Ende der Stunde übernahm der Unterlehrer Bese — der sich in Meyers Seele schämen mochte — den Unterricht, da es dann freilich besser ging, Meyer aber wie ein armer Sünder da stand; aus welchem Grunde ich das Verfahren von Bese mißbilligen mußte. Dieser ganze Unterricht, während dessen Schrader und Beile gar nicht da waren, Bese und Groth aber in allen Klassen ab- und zugen, währte bis 11 Uhr.

Nachdem sich nun sämtliche Kinder in ihren Klassen eingefunden hatten, ging die eigentliche Repetitionsstunde an. In der ersten Klasse

catechisierte H. Schrader wie gewöhnlich, wobei ich heute nicht zugegen war.

Die zweite und 3te vereinigte Klasse enthielt gewiß 200 bis 250 Kinder. Knaben und Mädchen. Beile catechisierte und Meyer und 1 Schulknecht hielten in den entferntesten Theilen Aufsicht. Beile unterrichtete sehr gut; erklärte das Vaterunser, immer mit praktischer Anwendung. Allein es gefiel mir nicht, daß er fast nur die vor dem Catheder sitzenden Knaben — jeden mehrmal — fragte, daß die Erklärungen und Antworten, welche die Kinder gaben, größtentheils Memorier Werk schienen und daß die Klasse sehr unruhig war. So konnte man während des Sings zwischen jeder Strophe ein Gemurmel hören, welchem nicht gesteuert wurde.

In der 4ten Klasse — heute eigentlich der 3ten, unterrichtete Bese etwa 60 kleinere Knaben und Mädchen. Der Gegenstand der Catechisation war biblische Geschichte, der Sündenfall und die Geschichte der ersten Eltern. Es wurden fleißig praktische Bemerkungen eingestreut, auch den Kindern schon gesagt, daß die Geschichte der Wegführung biblisch zu nehmen sey. Bese gefiel mir im Ganzen. — In dieser Klasse hielt Groth die Aufsicht auf das Betragen und 1 Knabe wie Kramer, den ich aber nicht zu nennen weiß, assistierte dabei.

In der letzten Klasse, wo ich aber nur ein paar Minuten war, unterrichtete Rentsch einen Haufen kleiner Knaben und Mädchen. Es schienen Verstandesübungen zu seyn. So fragte er: Worin kommen die Gans und der Canarienvogel überein; sie fliegen, gehen auf 2 Beinen usw. Was heißt unterscheiden, vergleichen usw. In dieser Klasse war Kramer zugegen, um auf Ordnung zu halten, die auch ziemlich beobachtet wurde.“

Die Leibesfrucht spricht

Zur Neufassung des § 218, der am 12.2. im Bundestag beschlossen wurde

Für mich sorgen sie alle: Kirche, Staat, Ärzte und Richter.

Ich soll wachsen und gedeihen; ich soll neun Monate schlummern; ich soll es mit gut sein lassen - sie wünschen mir alles Gute. Sie behüten mich. Sie wachen über mich. Gnade Gott, wenn meine Eltern mir etwas antun; dann sind sie alle da. Wer mich anrührt, wird bestraft; meine Mutter fliegt ins Gefängnis, mein Vater hintennach; der Arzt, der es getan hat, muß aufhören, Arzt zu sein; die Hebamme, die geholfen hat, wird eingesperrt - ich bin eine kostbare Sache.

Für mich sorgen sie alle: Kirche, Staat, Ärzte und Richter.

Neun Monate lang.

Wenn aber diese neun Monate vorbei sind, dann muß ich sehn, wie ich weiterkomme.

Die Tuberkulose? Kein Arzt hilft mir. Nichts zu essen? Keine Milch? - kein Staat hilft mir. Qual und Seelennot? Die Kirche tröstet mich, aber davon werde ich nicht satt. Und ich habe nichts zu brechen und zu beißen, und stehle ich: gleich ist ein Richter da und setzt mich fest.

Fünfundzwanzig Lebensjahre wird sich niemand um mich kümmern, niemand. Da muß ich mir selbst helfen.

Neun Monate lang bringen sie sich um, wenn mich einer umbringen will.

Sagt selbst:

Ist das nicht eine merkwürdige Fürsorge?

Kurt Tucholsky (1931)

Lied von der roten Anna

Morgens treff ich Anna in der Straßenbahn,
weil wir dann zusammen zur Maloche fahrn.
Anna liest die Zeitung mit der Faust vorne drauf,
dahinter geht grade die rote Sonne auf.
Von 7 bis um 4 stehn wir am Fließband jeden Tag,
wir ham' die gleiche Arbeit - bloß kriegt Anna nur 5 Mark.
Das macht Anna nicht mehr mit,
Anna kämpft jetzt Schritt für Schritt
für die Befreiung mit.

Vor 2 Jahren brachte sie ein kleines Kind zur Welt,
sie hat es wirklich gerne, doch im Grunde fehlt das Geld.
Beim 2. Mal ist ihr nichts andres übriggeblieben,
da hat Anna notgedrungen abgetrieben.
Und weil's für sieben Blau nur'n Kurpfuscher gab,
stand Anna bei der Sache schon mit einem Bein im Grab.
Weg mit dem Abtreibungsverbot!
Wie viele Frauen brachte es in Not
und trieb sie in den Tod.

Letzte Woche wurde im Betrieb gestreikt,
da ham' die Frauen den Kollegen ihre Kraft gezeigt.
Als Posten vorm Fabriktor standen sie den ganzen Tag,
da hatte sich kein einziger Streikbrecher reingewagt.
Nur einer kam und sagte: "Was wollt ihr denn schon, ihr Frauen".
da ham' die 20 Frauen dem Kerl den Arsch vollgehaun.
Das macht Anna gerne mit!
So kämpft Anna Schritt für Schritt
für die Befreiung mit.

Und als nach ein paar Tagen der Streik zuende war,
da war den Kollegen ihr Erfolg schon lange klar.
Sie hielten fest zusammen, es war manchmal ziemlich schwer,
doch dafür gibt's bei ihnen keine Lohnleichtgruppen mehr!
Geht den Bossen einen Tritt!
So kämpfen wir Schritt für Schritt
für die Befreiung mit.